



Kurzfassung zum Abschlussbericht der Bestandsaufnahme zum Katastrophenmanagement und der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (Projekt KIM)

Friedrich Gabel und Maira Schobert

unter Mitarbeit von (alphabetisch):

Prof. Dr. Regina Ammicht Quinn, Kristína Janačková, Katharina Krause, Dr. Marco Krüger,
Friederike Mangeold, Carlina Schreiber, Dr. Markus Spöhrer und Katharina Wezel

Studie im Auftrag von Aktion Deutschland Hilft e.V, Bonn

15.04.2024

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	2
Abkürzungsverzeichnis	2
Vorwort Aktion Deutschland Hilft e. V.	3
1. Einleitung	5
2. Forschungsdesign und Methode	6
3. Bestandsaufnahme zur Inklusivität des deutschen Katastrophenmanagements	8
4. Handlungsbedarfe und -empfehlungen	17
5. Forschungs- und Diskussionsbedarfe	24
6. Fazit	25
7. Anhang: Übersicht Ansätzen und Materialien in Deutschland	26

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Indikatoren der KIM-Studie	6
Tabelle 2: Allgemeine Ansätze und Materialien zum Thema Inklusion	26
Tabelle 3: Ansätze und Materialien für Einsatzkräfte zur Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen	27
Tabelle 4: Allgemeine Ansätze und Materialien zu Menschen mit Behinderungen als Betroffene	28
Tabelle 5: Ansätze und Materialien zum Brandschutz für Menschen mit Behinderungen	31
Tabelle 6: Ansätze und Materialien zu Pandemien/COVID-19 und Menschen mit Behinderungen	32
Tabelle 7: Ansätze und Materialien zu Hitzeschutz und Menschen mit Behinderungen	33
Tabelle 8: Ansätze und Materialien zum Thema Stromausfall und Menschen mit Behinderungen	34
Tabelle 9: Ansätze und Materialien zu Hochwasserschutz und Menschen mit Behinderungen	35
Tabelle 10: Ansätze und Materialien zur Stärkung der Selbsthilfe von Menschen mit Behinderungen	35
Tabelle 11: Ansätze und Materialien zu Menschen mit Behinderungen als Einsatzkräfte	37
Tabelle 12: Ansätze und Materialien zu verschiedenen Themen aus dem internationalen Raum	38
Abbildung 1: Forschungsdesign KIM Studie	7

Abkürzungsverzeichnis

ADH	Aktion Deutschland Hilft e.V.
BBK	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMI	Bundesministerium des Inneren
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
BRK	Behindertenrechtskonvention
DGS	Deutsche Gebärdensprache
DPO(s)	Disabled Peoples Organisation(s) (Selbstvertretungsorganisation(en) von Menschen mit Behinderungen)
IZEW	Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften der Universität Tübingen
KIM	Abkürzung der vorliegenden Studie (Bestandsaufnahme Katastrophenmanagement für Menschen mit Behinderungen)
PSNV	Psychosoziale Notfallversorgung



Vorwort Aktion Deutschland Hilft e. V.

International orientiert sich die humanitäre Unterstützung von Menschen, die in Not geraten sind, eng an den wirklichen Bedarfen, die sie haben und formulieren. Daher ist das Anliegen, sich um die Bedarfe und Belange von Menschen mit Behinderungen zu kümmern, schon seit längerem ein zentrales Thema für die Bündnisorganisationen von Aktion Deutschland Hilft e. V. Wichtig ist hierbei auch, die spezifischen Kapazitäten der Menschen mit Behinderungen zu erfassen und zu wissen, welche Kenntnisse und Prioritäten sie selbst haben. Einige unserer Bündnisorganisationen sind seit vielen Jahren unter anderem im Disability inclusive Disaster Risk Reduction Network (DiDRRN) engagiert und setzen sich hier mit Ansätzen für die konkrete Programmarbeit auseinander. Diese Erkenntnisse bringen sie auch gezielt in lokale und globale Lobbyarbeit ein, etwa bei der Beratung der UN-Behindertenrechtskonvention und des Sendai Rahmenwerkes für Katastrophenvorsorge.

In unserem Bündnis für Katastrophenhilfe ist das gemeinsame Lernen aus Einsatzerfahrungen seit der Gründung ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Wir nutzen interne Reflexionen und externe Evaluierungen der Einsätze sowie die Beauftragung von externen Fallstudien zu zentralen Themen dazu, die Unterstützungsarbeit stetig zum Nutzen der von Krisen und Katastrophen betroffenen Menschen weiterzuentwickeln.

Somit traf der Vorschlag aus dem DiDRRN-Netzwerk, für den Inlandseinsatzfall nach dem Tief Bernd im Juli 2021 (Flutkatastrophe im Westen Deutschlands, gemeinhin und zu verkürzt als „Ahrhochwasser“ bezeichnet) zunächst eine Bestandsaufnahme zum Grad der Inklusivität der Not- und Wiederaufbauhilfe vorzunehmen, auf große Unterstützung. Die nun vorliegende Fachstudie ergänzt das bislang mit insgesamt vier Einzelmaßnahmen geplante bündnisweite Programm der Qualitätssicherung: Einsatzerfahrungen mit der Phönix-Datenbank; Eigenreflexion der phasenübergreifenden Unterstützungsprogramme zwischen Juli 2021 und Frühsommer 2022; externe Evaluierung (derzeit in Planung).

Die tragischen Todesfälle bei den Fluten vom 14. und 15. Juli 2021 - etwa in der Wohneinrichtung der Lebenshilfe e. V. in Sinzig (Kreis Ahrweiler) – sind zwar ein wichtiger, aber nicht allein entscheidender Auslöser für diese Bestandsaufnahme. Jedoch hat diese Studie explizit nicht das Ziel, die Katastrophenhilfe vor allem der „Blaulicht“-Organisationen und Behörden in der Akutphase zu evaluieren. Hierzu liegen schon Berichte unterschiedlichster Institutionen vor beziehungsweise sind in Arbeit, bis hin zur politischen Beratung auf verschiedenen Ebenen

Mit dieser Studie wurde vielmehr eine Akteursgruppenübergreifende Dokumentation von Einsatzerfahrungen, Auswertungen aber auch weiterführenden konzeptionellen Ansätzen in Auftrag gegeben. Sie geht dabei auch von bekannten beziehungsweise erwarteten Schwachstellen eines inklusiven Katastrophenmanagements aus (dieser phasenübergreifende Begriff wird bewusst und ergänzend zu den behördlichen Konzepten von Bevölkerungs- (Bund) und Katastrophenschutz (Bundesländer) in Deutschland gewählt).



Mit dieser Sammlung, Analyse und vor allem Bereitstellung des vorhandenen aber noch eher dispersen Wissens möchten wir einen konstruktiven Beitrag dazu leisten, die Bedarfe, Belange sowie Kenntnisse und Kapazitäten der Menschen mit Behinderungen vom Alltag bis zur Katastrophenvorsorge und -bewältigung in Deutschland umfassender zu erkennen und konzeptionell aufzugreifen. Deshalb umfasst diese Studie bewusst nicht nur die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sondern auch die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Hilfsorganisationen und Helfenden. Sie bezieht auch politisch Verantwortliche, Träger und Akteure der Wohlfahrtspflege, und nicht zuletzt die Menschen mit Behinderungen selbst sowie deren Selbstvertretungsorganisationen ein.

Eine solche weit gefasste Vernetzung mitsamt dem gemeinsamen Lernen und Weiterentwickeln von Konzepten erscheint als eine der zentralen aktuellen Aufgaben, auch um gefühlte oder auch tragischerweise reale Situationen eines „Verantwortungsvakuums“¹ und Hilfsdefizite zu vermeiden zu helfen. Hierzu kann über unser Bündnis in weiteren Schritten auch der direkte Austausch mit Fachleuten und aktiv Beteiligten aus der partizipativen katastrophen-inklusiven Vorsorge im internationalen Kontext ermöglicht werden.

Der besondere Dank von Aktion Deutschland Hilft e. V. gilt deshalb dem Studienteam des Internationalen Zentrums für Ethik in den Wissenschaften der Universität Tübingen um Friedrich Gabel (Leitung) und Maira Schobert, welches den Ausschreibungstext und Leistungskatalog des Auftrages pro-aktiv und im engen kollegialen Austausch im oben genannten Sinne weiterentwickelt und umgesetzt hat.

Wir danken auch sehr ausdrücklich allen Menschen und Institutionen, welche dem Studienteam ihre Informationen und Daten sowie Einschätzungen bereitgestellt haben. Die Resonanz zu diesem Vorhaben war schon in der Konzeptionsphase sehr positiv und gibt uns eine weitere Bestätigung für diesen wichtigen Ansatz.

Wir wünschen allen Lesern:innen dieser Berichte, auch der in der Langfassung bereitgestellten Hintergrundinformationen und Quellen, eine interessante Lektüre und freuen uns, wenn sie darin hilfreiche Informationen, Anregungen und Bausteine finden, um den vor uns liegenden gemeinsamen Entwicklungspfad eines partizipativen, inklusiven Katastrophenmanagements in Deutschland zu gehen.

Für Aktion Deutschland Hilft e. V.

Manuela Roßbach (Vorstandsmitglied) - Dr. Jürgen Clemens (Stabsstelle Hochwasser 2021)

¹ Vgl. Krause, K., Schobert, M. & Krüger, M. (2024). Katastrophenbewältigung zwischen Staat und Wirtschaft. Zur Rolle von Unternehmen während des Ahrhochwassers 2021. Deutsches Rotes Kreuz e. V. (Hrsg.). Deutsches Rotes Kreuz: Berlin.



1. Einleitung

Der vorliegende Bericht präsentiert die Ergebnisse einer Studie zur Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen im Katastrophenmanagement in Deutschland (Projekt KIM). Die Studie wurde von Oktober 2023 bis Februar 2024 vom Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) der Universität Tübingen im Auftrag von Aktion Deutschland Hilft e.V. durchgeführt. Für eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse und die Nennung von Quellen wird auf die Langfassung des Abschlussberichts zur Studie verwiesen.

Ein Anlass und Ausgangspunkt der Studie ist der tragische Tod von (mindestens²) zwölf Menschen in einer Einrichtung der Lebenshilfe in Sinzig während der Flutkatastrophe vom 14. und 15. Juli 2021. Dieser wirft die Frage auf, inwieweit die Unterstützungsbedarfe von Menschen mit Behinderungen in der Planung für, Vorsorge für, Bewältigung von und Verarbeitung von Katastrophen in den betreffenden Regionen angemessen mitgedacht wurden. Die Vereinten Nationen beklagen 2023 diesbezüglich mit Blick auf Artikel 11 („Situations of risk and humanitarian emergencies“) der Behindertenrechtskonvention (BRK) das Fehlen einer übergreifenden, behinderungsinklusiven, menschenrechtsbasierten Strategie für den Umgang mit Gefahrensituationen und humanitären Notlagen in Deutschland, die Notlagen der öffentlichen Gesundheit, der Klimakrise sowie dem Ansatz der Katastrophenrisikominderung angemessen Rechnung trägt.

Vor diesem Hintergrund stand im Rahmen der Studie die Frage im Raum, ob und inwieweit die Todesfälle während der Hochwasser und Flut-Ereignisse 2021 womöglich nur ein Symptom für die tieferliegende Problemlage waren, dass Menschen mit Behinderungen und ihre Unterstützungsbedarfe im deutschen Katastrophenmanagement bisher nicht in angemessenem Maße mitgedacht werden. Dabei fehlte es bisher, trotz der genannten Feststellung der Vereinten Nationen, an einer umfassenderen Datenbasis über die Berücksichtigung der Situation von Menschen mit Behinderungen im deutschen Katastrophenmanagement.

Die vorliegende Studie verfolgt ein zweifaches Ziel: *Erstens* soll sie die Datenlage zur Situation von Menschen mit Behinderungen in Katastrophen und ihrer Berücksichtigung im Katastrophenmanagement verbessern und damit eine Bestandsaufnahme der Inklusion im Katastrophenmanagement erlauben. Aufgrund der Vielzahl von Akteuren: innen, die im Katastrophenmanagement involviert sind, ergibt sich hier eine unübersichtliche Situation. Es ist vielfach unklar, welche Wissensbestände, Ansätze, Strategien und Initiativen bereits existieren. *Zweitens* soll sie Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung und Verbesserung der Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen im Katastrophenmanagement identifizieren, welche bei der Entwicklung einer Strategie für inklusives Katastrophenmanagement zu berücksichtigen sind.

² Die Berichterstattung fokussiert vor allem jene Personen, die in der Lebenshilfe-Einrichtung in Sinzig ums Leben kamen. Inwieweit noch weitere Menschen mit Behinderungen, die nicht in Einrichtungen der Behindertenhilfe lebten, verstarben, kann an dieser Stelle nicht genauer bestimmt werden.



2. Forschungsdesign und Methode

Die Leitfrage der vorliegenden Studie war: „**Inwieweit werden Menschen mit Behinderungen und ihre Unterstützungsbedarfe im Katastrophenmanagement in Deutschland aktuell mitgedacht?**“

Zur Beantwortung wurden in Anlehnung an andere internationale Studien elf Indikatoren bestimmt.

Tabelle 1: Indikatoren der KIM-Studie

Dimension des Indikators	Indikatoren
Inklusive Kulturen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Welches Behinderungsverständnis liegt dem Handeln verschiedener Akteur:innen des Katastrophenmanagements zugrunde? 2. Inwieweit findet eine Bezugnahme auf Menschen mit Behinderungen in zentralen Strategien für Katastrophenmanagement statt?
Inklusive Strukturen	<ol style="list-style-type: none"> 3. Inwieweit sind Daten über die Bedarfe und Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen vorhanden? 4. Inwieweit gibt es eine Repräsentation im Katastrophenmanagement von Menschen mit Behinderungen? 5. Inwieweit gibt es Menschen mit Behinderungen in Führungspositionen im Katastrophenmanagement? 6. Inwieweit gibt es Mitgestaltungsmöglichkeiten an Katastrophenmanagement für Menschen mit Behinderungen? 7. Inwieweit werden Barrieren im Katastrophenmanagement reduziert?
Inklusive Praktiken	<ol style="list-style-type: none"> 8. Inwieweit sind Strategien, Empfehlungen, Leitlinien oder Aus- und Fortbildungen zur Berücksichtigung der Bedarfe und Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen in verschiedenen Phasen des Katastrophenmanagements vorhanden? 9. Inwieweit sind Strategien, Empfehlungen und Leitlinien sowie Aus- und Fortbildungen für inklusive Risiko- und Krisenkommunikation vorhanden? 10. Inwieweit findet eine Kooperation von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und Behindertenorganisationen (DPOs) statt? 11. Inwieweit gibt es Investitionen in inklusives Katastrophenmanagement?

Dem Grundsatz folgend, dass sich vielfach Überschneidungen zwischen den Unterstützungsbedarfen von Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Pflegebedarf oder Menschen mit altersbedingten Beeinträchtigungen ergeben, wurde die Analyse nicht auf die explizite Nennung von Menschen mit Behinderungen beschränkt, sondern auch Berichte und Ansätze zur Berücksichtigung zu den genannten Gruppen berücksichtigt. Mit Blick auf die praktische Anwendung ist zugleich zu bedenken, dass eine Gleichsetzung dieser Gruppen bei der Konzeption von Maßnahmen Gefahr läuft, wichtige Unterschiede zu übersehen. In diesem Sinne wird eine explizite Prüfung möglicher Transfermöglichkeiten der in Abschnitt 7 genannten Ansätze und Materialien dringend empfohlen.

Zudem wurde in der Analyse der Begriff des Katastrophenmanagements statt des etablierteren Begriff des „Katastrophenschutzes“ genutzt. Ersterer umfasst die Gesamtheit aller Handlungen und Akteur:innen, die zur Bewältigung von Katastrophen beitragen und beugt einer Verengung auf „typische“ Katastrophenschutzseinheiten und Zuständigkeiten vor. Wie die COVID-19-Pandemie gezeigt hat, sind im Rahmen der Bewältigung von Extremereignissen aber weit mehr Akteur:innen



systemrelevant als nur die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Zu nennen sind hier etwa sozialstaatliche Strukturen, soziale Arbeit, Teilhabeangebote oder Pflege.

Als Forschungsdesign wurde ein Ansatz gewählt, der eine empirische Datenerhebung und eine Dokumentenanalyse verbindet. Beide Ansätze untergliederten sich ihrerseits noch einmal in verschiedene methodische Zugänge.

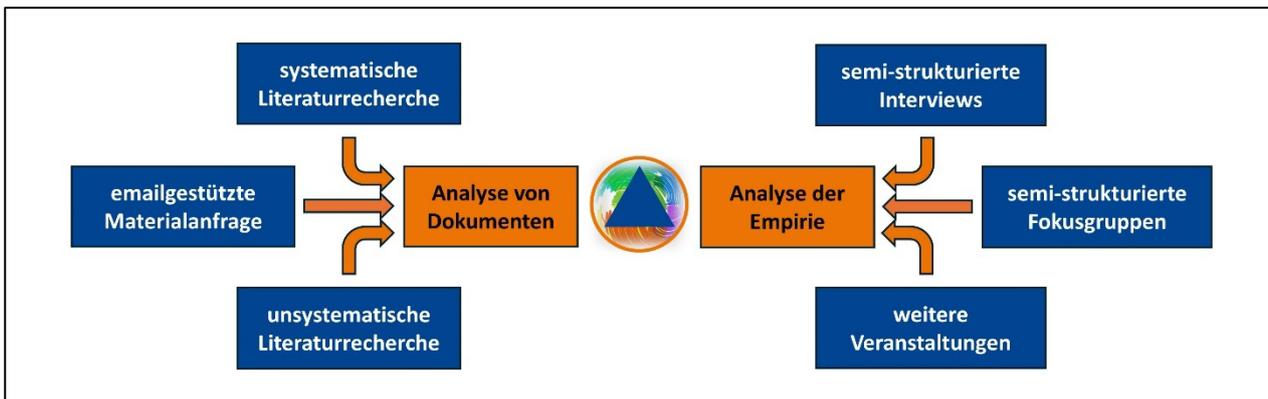


Abbildung 1: Forschungsdesign KIM Studie

Die empirische Datenerhebung umfasste Einzelinterviews mit Expert:innen (n=26), Fokusgruppensitzungen (n=3) und weitere Veranstaltungen mit Praktiker:innen zum Thema (n=2). Die Kombination dieser Ansätze zielte darauf ab, einen breiten und vielfältigen Zugang ins Forschungsfeld zu schaffen und das Risiko etwas zu übersehen sowie Einseitigkeiten zu minimieren.

Von den interviewten Personen identifizierten sich neun Personen selbst als Personen mit Behinderungen, weitere zwölf Personen haben in ihrer Arbeit direkt mit Menschen mit Behinderungen zu tun oder sind in der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen aktiv. Einen Bezug zum Katastrophenmanagement (Einsatzkräfte oder Mitarbeiter:innen der BOS) hatten elf Personen. In den Fokusgruppen haben sich sieben Personen selbst als Personen mit Behinderungen beschrieben, weitere drei Personen haben in ihrer Arbeit direkt mit Menschen mit Behinderungen zu tun oder sind in der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen aktiv. Acht Teilnehmer:innen hatten einen Bezug zum Katastrophenmanagement (Einsatzkräfte oder Mitarbeiter:innen der BOS).

Die Auswertung der empirischen Daten aus Interviews und Fokusgruppen erfolgte auf Basis kodierter Transkripte aus den Interviews und Fokusgruppen mithilfe von MAXQDA. Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse, die mit Techniken der Grounded Theory angereichert wurden, bildeten die methodische Basis der Auswertung.

Für die Dokumentenanalyse wurde in der Datenerhebung eine systematische Literaturrecherche durchgeführt (n=4.666 Links), relevante Stellen wurden gezielt angeschrieben (n=370 direkt, ca. n=1.500 über Verteiler) und schließlich unsystematisch gefundene Dokumente gesammelt.



Limitationen der Studie liegen vor allem im begrenzten Zeiteinsatz von fünf Monaten begründet. Die empirischen Arbeiten wurden über die Plattform Zoom durchgeführt. Eine weitere Limitation betrifft das Thema Barrierefreiheit. Wenngleich im Projekt versucht wurde Informationen möglichst barrierearm zu präsentieren und eine barrierearme Teilnahme an den Forschungsformaten zu ermöglichen (zum Beispiel durch angemessene Vorkehrungen wie den Abbau von Barrieren in Dokumenten und die Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschung) kann nicht ausgeschlossen werden, dass Expert:innen, insbesondere Menschen mit Behinderungen und ihre Repräsentant:innen, aufgrund vorhandener Barrieren nicht an der Studie teilnehmen konnten. Mit Blick auf die Ergebnisse lässt sich anmerken, dass der größte Teil der Rückmeldungen und Interviewpartner:innen aus den westlichen Bundesländern kam. In der Dokumentenanalyse und der Materialanfrage wurden alle Bundesländer gleichermaßen betrachtet. Des Weiteren sind auch in dieser Studie Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen beziehungsweise Lernschwierigkeiten als direkte Expert:innen unterrepräsentiert. Um dem entgegenzuwirken und diese wichtige Perspektive dennoch einfließen zu lassen, wurde versucht, ihre Selbstvertretungsorganisationen sowie Repräsentant:innen dieser Menschen einzubinden, was in geringem Umfang gelang.

Die Studie ermöglicht einen Einblick in den Themenkomplex der Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen im deutschen Katastrophenmanagement. Sie hat weder den Anspruch vollständig und ‚objektiv‘ beziehungsweise kontextfrei zu sein. Sie orientiert sich an den Gütekriterien qualitativer Forschung (intersubjektive Nachvollziehbarkeit, Indikation des Forschungsprozesses bzw. Gegenstandsangemessenheit der Methoden, empirische Verankerung, Limitation, Kohärenz und Relevanz). Die Ergebnisse der Studie bieten einen Ausgangspunkt für die notwendige, systematische Auseinandersetzung mit dem Themenfeld rund um inklusives Katastrophenmanagement.

3. Bestandsaufnahme zur Inklusivität des deutschen Katastrophenmanagements

Die Studienergebnisse (s. Langfassung) zeigen deutlich, dass Menschen mit Behinderungen im deutschen Katastrophenmanagement weder systematisch mitgedacht werden noch inkludiert sind. Es mangelt nicht nur an konkreten Einsatzplänen und -konzepten, sondern explizit auch an Strategien, die die Erstellung neuer oder Anpassung bestehender Konzepte fordern. Außerdem werden Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungsorganisationen auf keiner Ebene des Katastrophenmanagements systematisch eingebunden. Stattdessen besteht vielfach bei den Befragten der Eindruck, dass immer wieder neu Aufmerksamkeit für die Lebenssituationen von Menschen mit Behinderungen in Krisen und Katastrophen bei den BOS und politisch Verantwortlichen geweckt werden muss. Als eine der Ursachen wird häufig die Komplexität der Zuständigkeiten im Katastrophenmanagement wahrgenommen. Die große Anzahl der beteiligten Akteur:innen sowie unklare Verantwortungszuschreibungen verhindern ein gemeinsames, systematisches und institutionell verankertes Vorgehen für inklusives Katastrophenmanagement.



Während soziale oder Alltagsakteur:innen die Verantwortung für Inklusion im *Katastrophenmanagement* einzig bei den BOS sehen, sehen die BOS die Verantwortung für *Inklusion* im Katastrophenmanagement einzig bei den sozialen oder Alltagsakteur:innen. Kooperationen gibt es auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene bisher selten. Wenn es sie doch gibt, sind diese oft projektartig und es findet nur selten eine Überführung in dauerhafte Strukturen statt. Verwiesen wird diesbezüglich häufig auf Finanzierungs- und Personaldefizite, die sowohl im Katastrophenmanagement als auch im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen und der Pflege bestehen.

Als Folge dieser unzureichenden Strukturen müssen Menschen mit Behinderungen neben den Barrieren des Alltags auch unzureichende Einsatzkonzepte und unangemessene Ausstattungen im Katastrophenmanagement ausgleichen. Damit werden sie vielfach in Überforderungssituationen gedrückt, die nicht einfach auf vorhandene Beeinträchtigungen zurückgeführt werden können, sondern in sozialen Strukturen und fehlender Berücksichtigung begründet liegen. In der Bewältigung von Notsituationen sind Menschen mit Behinderungen damit einhergehend oft auf ihr soziales Umfeld zurückgeworfen und abhängig von Dritten.

Im Folgenden werden einige konkrete Herausforderungen vorgestellt, denen Menschen mit Behinderungen aktuell in Katastrophen und mit Blick auf Katastrophenmanagement gegenüberstehen. Darauf folgend werden Einschätzungen zu den betrachteten Indikatoren eines inklusiven Katastrophenmanagements dargestellt. Im Anhang werden daran anknüpfend zahlreiche bereits existierende Ansätze und Maßnahmen zur Verbesserung der Inklusivität des Katastrophenmanagements in Deutschland vorgestellt, die in der Studie gefunden wurden. Die Sammlung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aufgrund vielfältiger Schnittmengen, wurden hier auch Ansätze aufgeführt, die ihrem Fokus nach, ältere Menschen oder Menschen mit Pflegebedarf und ihre Kontexte adressieren. Weiterhin umfasst die Nennung im Rahmen des Berichts keine Aussagen über die Qualität der Publikationen oder Praktiken; eine derartige Beurteilung war im Rahmen des Projekts nicht möglich. In diesem Sinne gilt es zu beachten, dass eine Übertragung von Ansätzen auf Menschen mit Behinderungen nicht immer sinnvoll oder möglich ist, sondern einer kritischen Prüfung bedarf.

Konkrete Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen im Katastrophenmanagement:

Katastrophenprävention: Katastrophenprävention umfasst im Sinne der Studie Maßnahmen, die darauf zielen Extremereignisse zu verhindern oder im Falle ihres Eintretens ein Umschlagen in Katastrophen zu verhindern. Alltagsbarrieren (z. B. infrastrukturelle Barrieren, fehlender barrierefreier Wohnraum, unzugänglicher Nahverkehr, fehlende Informationen in Leichter Sprache oder Deutscher Gebärdensprache [DGS]) und die vielfach unzureichende Umsetzung der BRK erschweren für Menschen mit Behinderungen grundsätzlich eine angemessene Auseinandersetzung mit vorhandenen Risiken. Insbesondere die Bestimmung von Auswirkungen konkreter



Gefahrensituationen wie etwa Hochwasser oder ein flächendeckender Stromausfall für die eigene Lebenssituation stellt für viele Befragte eine große Herausforderung dar. Begründet liegt dies auch darin, dass Hilfsmaterialien nicht flächendeckend zur Verfügung stehen. Frühwarnungssysteme, die die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen, haben sich erst in den letzten Jahren maßgeblich verbessert, wobei noch immer zahlreiche Schwächen existieren. Die Warn-Apps NINA und KatWarn sind nach Einschätzung der Befragten noch immer nicht vollständig barrierefrei zugänglich, Warntexte sind meist nicht in Leichter Sprache verfasst und der Empfang und das Verstehen von Warnungen ist oft voraussetzungsvoll (z. B. Besitz eines Smartphones oder eines Internetzugangs, welcher vor allem in Institutionen bzw. Einrichtungen der Behindertenhilfe nicht immer garantiert ist). Weitere Herausforderungen zeigen sich mit Blick auf die NORA-Notruf-App, die aufgrund eines breiten Missbrauchs der App für Fake-Notrufe, aktuell keine neuen Registrierungen zulässt und damit nur eingeschränkt genutzt werden kann.

Katastrophenvorsorge: Katastrophenvorsorge wird hier verstanden als der Erwerb von Fähigkeiten und die Schaffung von Kapazitäten (bspw. Notvorräte) zum Umgang mit Extremereignissen und Katastrophen. Ähnlich zur Katastrophenprävention stehen auch für den Kontext der Katastrophenvorsorge aktuell kaum barrierefrei und niedrigschwellig zugängliche Informationen zur Verfügung, die sich auf die Lebenssituation von eigenständig lebenden Menschen mit Behinderungen und damit verbundene Vorsorgeempfehlungen beziehen. Vorhandene Informationen adressieren bisher insbesondere Einrichtungen und Pflegekontexte. Weiterhin bescheinigt der 2021 erschienene Dritte Teilhabebericht der Bundesregierung eine allgemein schlechtere sozio-ökonomische Situation von Menschen mit Behinderungen gegenüber Menschen ohne Behinderungen. Damit einhergehend fehlen Unterstützungsstrukturen, um etwa empfohlene Bevorratungen auch zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Anschaffung von Ersatz-Hilfsmitteln und notwendiger Medikamente. Fehlende Aus-/Fortbildungen beispielsweise in Erster Hilfe, fehlende Sicherheitsmaßnahmen, fehlende Pläne für die Evakuierung von (Wohn-)Einrichtungen und die anschließende Notunterbringung sowie das Ausbleiben von Katastrophenübungen mit Menschen mit Behinderungen haben ebenfalls einen negativen Einfluss auf die vorhandenen Selbstschutzkapazitäten.

Katastrophenbewältigung: Katastrophenbewältigung umfasst im Sinne der Studie Maßnahmen zum Umgang mit den Folgen von Extremereignissen und Katastrophen. Neben der barrierefreien Bereitstellung von Informationen sind Evakuierungen ein wichtiges Thema der Katastrophenbewältigung. Zusätzlich zum Personalmangel von Pflegekräften, Assistenzen und im Ehrenamt der BOS erschwert auch die Infrastruktur im Katastrophenmanagement (z. B. unzureichende Verfügbarkeit von barrierefreien Transportfahrzeugen) die Evakuierung. Hinzukommen vielfach Unsicherheiten von Einsatzkräften zur Hilfeleistung für Menschen mit Behinderungen. Hierbei finden sich zudem Unterschiede zwischen verschiedenen Beeinträchtigungsformen. So wird etwa die Zugänglichkeit für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen zunehmend thematisiert, während andere Bedarfe, wie etwa die Unterstützung von Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen weniger Aufmerksamkeit



bekommen. Zu problematisieren ist hierbei weiterhin, dass Hilfsmittel nicht in ihrer Bedeutung für die individuelle Teilhabe wahrgenommen werden, sondern diese häufig gewissermaßen als ‚Luxusgüter‘ verstanden werden (z. B. Elektro-Rollstühle). Notunterkünfte werden vielfach als nicht barrierefrei beschrieben. Zudem bleibt unklar, inwieweit die pflegerische Versorgung sowie die Bereitstellung von medizinischem Bedarf bei einer längeren Unterbringung sichergestellt werden kann. Teilweise kommt es in Krisensituationen wie der COVID-19-Pandemie zu Konflikten zwischen Sicherheit und der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Problematisch ist zudem das Risiko schlechterer Chancen bei der medizinischen Priorisierung in Notlagen.

Katastrophenverarbeitung: Katastrophenverarbeitung meint hier schließlich alle infrastrukturellen, gesellschaftlichen und individuellen Maßnahmen zur Erreichung eines neuen Normalzustands nach einem Extremereignis oder einer Katastrophe. Die Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen in der Katastrophenverarbeitung wird bisher kaum thematisiert. Dabei ist der zeitnahe Ersatz von Hilfsmitteln essenziell, um eine gesellschaftliche Teilhabe wieder zu gewährleisten. Momentan geht dies jedoch mit langwierigen bürokratischen Prozessen einher. Weiterhin wird der Mangel an barrierefreier Infrastruktur und barrierefreiem Wohnraum durch die Zerstörung im Zuge von Krisen und Katastrophen weiter verschärft, während Barrierefreiheit im Neubau weiterhin eine untergeordnete Rolle spielt. Es finden sich zudem Berichte darüber, dass Menschen mit Behinderungen – insbesondere in Einrichtungen – keinen gleichberechtigten Zugang zu psychosozialer Unterstützung haben.

Behinderungsverständnis (Indikator 1):

Der aktuelle Teilhabebericht aus dem Jahr 2021 problematisiert mangelnde Inklusion in allen Lebensbereichen (z. B. Mobilität, Kommunikation, Infrastruktur wie Gebäude, Kontakte mit Menschen ohne Behinderungen). Diese Befunde lassen sich auf Basis dieser Studie auch auf den Bereich Katastrophenmanagement übertragen. Deutlich wird außerdem, dass es Unterschiede im Verständnis von Inklusion gibt und mitunter eher von Integration von Menschen mit Behinderungen gesprochen wird. Kritisiert wird, dass Inklusion immer wieder als reiner Kostenfaktor fokussiert wird. Das Verständnis von Behinderungen bewegt sich im empirischen Material der Studie zwischen einer Zuschreibung von Vulnerabilität und potenzieller Hilflosigkeit auf der einen und der Betonung von Kapazitäten und Fähigkeiten auf der anderen Seite. Seitens der Befragten und von Selbstvertretungsorganisationen wird dabei kritisiert, dass Menschen mit Behinderungen in verschiedenen Kontexten als leidvoll und weniger wertvoll dargestellt werden. Das Bewusstsein für die Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen scheint im Katastrophenmanagement zugleich zu wachsen. Sie werden jedoch oft als homogene Gruppe gefasst, wodurch die Unterschiedlichkeit der Beeinträchtigungen verschleiert wird. Damit geht einher, dass Behinderungen selten intersektional gedacht werden: Menschen werden eindimensional als Menschen mit Behinderungen fokussiert; ihr Geschlecht, Alter, eventuell vorhandener Migrationshintergrund, ihre sozio-ökonomische



Situation sowie das Zusammenspiel dieser Facetten und die sich daraus ergebenden spezifischen lebensweltlichen Auswirkungen werden selten thematisiert.

Bezugnahme auf und Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen in Strategien für Katastrophenmanagement (Indikator 2):

Die Situation hinsichtlich einer Bezugnahme auf Menschen mit Behinderungen und mögliche Unterstützungsbedarfe in Strategien für Katastrophenmanagement lässt sich als unzureichend und unsystematisch beschreiben. Am ehesten findet man dies in Strategien der Auslandsarbeit des Bundes oder der auswärtsgerichteten Hilfsorganisationen. So sind Hilfsorganisationen vielfach und seit langem in der internationalen Hilfe tätig und setzen sich dort für inklusives Katastrophenmanagement ein. Eine Übertragung ins Inland findet wenig statt. Die Gründe für die fehlende Berücksichtigung von Artikel 11 der BRK im Inland und die fehlende Übertragung sind unklar.

Im Inland ist vor allem die 2022 veröffentlichte Resilienzstrategie der Bundesregierung ein deutlicher Schritt nach vorne, wobei ihre Bedeutung aufgrund der komplexen Zuständigkeitslage in Deutschland unklar ist. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz und (deutlich schwächer) Nordrhein-Westfalen werden Menschen mit Behinderungen in den Landeskatastrophenschutzgesetzen nicht explizit erwähnt. Auch in den Inklusionsplänen spielt Artikel 11 der BRK kaum und vor allem sehr unsystematisch eine Rolle. Der Teilhabebericht erwähnt Artikel 11 nicht, obwohl über die COVID-19-Pandemie und das Thema der Triage gesprochen wird. Eine Kooperation des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) mit dem Bundesministerium des Inneren (BMI) zum Thema inklusives Katastrophenmanagement, welche nach den Hochwassern 2021 initiiert wurde, endete mit dem Abschlussbericht von BMI und BMF zum Hochwasser im Jahr 2022. Insgesamt bleibt unklar, wer Verantwortung für inklusives Katastrophenmanagement trägt und tragen sollte. Dies changiert zwischen sozialen Akteur:innen und Sozialministerien einerseits und BOS und Innenministerien andererseits. Zudem wird inklusives Katastrophenmanagement teilweise als Querschnittsaufgabe und teilweise als Thema der Psychosozialen Notfallversorgung (PNSV) beschrieben. Positiv ist zu erwähnen, dass das Telekommunikationsgesetz 2021 angepasst wurde und nun Barrierefreiheit in Warnung und Notruf fordert; hier sind jedoch weitere Schritte erforderlich.

Ambivalent ist festzuhalten, dass in der jüngeren Vergangenheit die Themen Pflege und der Schutz von Einrichtungen (der Behindertenhilfe) im Katastrophenmanagement vermehrt Beachtung finden. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Zugleich muss kritisch geprüft werden, inwieweit Konzepte übertragbar sind oder Unterschiede zwischen den Unterstützungsbedarfen von Menschen mit Behinderungen und anderen Gruppen bestehen. Einsatzkonzepte, die Menschen mit Behinderungen und ihre Bedarfe explizit berücksichtigen, stecken weitgehend in den Kinderschuhen. Insbesondere ist nicht klar, inwieweit etwa die Barrierefreiheit von Notunterkünften in Krisen und Katastrophen, zumindest in geplanten Notunterkünften, verlässlich gewährleistet ist.



Verfügbarkeit von Daten über Bedarfe und Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen (Indikator 3):

Auch dieser Punkt lässt sich nicht eindeutig beantworten. Festhalten lässt sich, dass es wenig Daten über Menschen mit Behinderungen als Betroffene von Schadenslagen gibt und diese noch seltener auch nach Alter, Geschlecht und anderen Charakteristika aufgeschlüsselt sind. Ebenso gibt es für Planungs- und Einsatzkontexte keine Datenbasis über Unterstützungsbedarfe, Aufenthaltsorte oder Kapazitäten. Diesbezüglich wird auch der schwierige Datenaustausch zwischen verschiedenen Akteur:innen als Problem gesehen. Als Gegenmaßnahme wird vielfach der Wunsch nach einer Datenbank formuliert und es finden sich vereinzelt Befunde, die nahelegen, dass viele Menschen mit Behinderungen dort Daten grundsätzlich hinterlegen würden, wenn dies ihrer Sicherheit diene. Wichtig wäre dabei zugleich, dass diese Datenbanken barrierefrei zugänglich wären und Menschen mit Behinderungen selbst entscheiden können (insbesondere, wenn sie in Einrichtungen leben), ob sie ihre Daten dort hinterlegen möchten. Demgegenüber haben viele Teilnehmer:innen der Studie vor dem Hintergrund eines zunehmenden Rechtsextremismus Angst vor einem Missbrauch der Daten oder auch einer Benachteiligung hinsichtlich ihres Versicherungsschutzes, oder stehen einer solchen Datensammlung allgemein misstrauisch gegenüber. Des Weiteren gibt es keine eindeutige Ansicht über die Stelle, bei der eine solche Datenbank angesiedelt sein sollte. Neben Datenbanken werden interaktive Karten und Lageverwaltungstools begrüßt, in denen besonders gefährdete Einrichtungen hinterlegt werden können. Beispielhaft sei hier die „Elektronische Lagedarstellung Bevölkerungsschutz“ genannt, die in Baden-Württemberg im Einsatz ist.

Repräsentation von Menschen mit Behinderungen im Katastrophenmanagement (Indikatoren 4 und 5):

Aufgrund der inhaltlichen Nähe werden die Ergebnisse zu den Indikatoren 4 (Repräsentation von Menschen mit Behinderungen) und 5 (Menschen mit Behinderungen in Führungspositionen) zusammengeführt vorgestellt.

Menschen mit Behinderungen sind bisher selten als Helfende im Katastrophenmanagement aktiv. Dabei wird dies zunehmend von verschiedenen Akteur:innen gefordert. Die BOS geben diesbezüglich an, grundsätzlich offen für eine Mitwirkung zu sein. Hierbei muss mitunter unterschieden werden zwischen der Weiterbeschäftigung von Einsatzkräften, die durch einen Unfall nun eine Beeinträchtigung erfahren haben und Menschen mit Behinderungen, die als Helfer:innen neu dazugewonnen werden sollen. Die Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen wird dabei vielfach als herausfordernd wahrgenommen. Probleme werden insbesondere in den Anforderungen und Einsatzmöglichkeiten gesehen. Dabei wird einerseits übersehen, dass nicht nur Tätigkeiten in der ersten Reihe gibt (z. B. als Sanitäter:in). Andererseits erscheint es mitunter so, als gelte die Forderung nach einer Passung von Person und Position nur für Menschen mit Behinderungen, was jedoch nicht der Fall ist; sie gilt für alle Einsatzkräfte.



Ein weiteres vielfach genanntes Problem wird im Versicherungsschutz gesehen, wobei die Versicherungen entgegenhalten, dafür offen zu sein und gerne dabei helfen, Menschen mit Behinderungen eine Mitarbeit zu ermöglichen. Ganz praktisch bestehen Probleme weiterhin darin, dass Menschen mit Behinderungen wenig über Mitwirkungsmöglichkeiten informiert werden oder Informationskampagnen, wie die BBK-Kampagne „mit-dir-für-uns-alle“ wenig Aufmerksamkeit erhalten haben. Schließlich wird auf infrastrukturelle Barrieren, etwa in den Liegenschaften der BOS, verwiesen, deren Abbau die einzelnen Organisationen nicht ohne weiteres allein leisten können.

Mit Blick auf die Mitwirkung stehen Menschen mit Behinderungen insbesondere dem Problem gegenüber, dass sie oft als „Hilfempfänger:innen“ gesehen werden. Wollen sie selbst als Hilfeleistende aktiv werden, stehen sie vor zahlreichen Barrieren (z.B. Alltagsbarrieren und -benachteiligungen oder fehlende Barrierefreiheit von Ausbildungen).

Menschen mit Behinderungen als Einsatzkräfte scheint es auf Basis der Studiendaten vor allem in Feuerwehren zu geben. Wie die Lage in den Hilfsorganisationen aussieht, lässt sich momentan nicht abschätzen. Zahlen existieren diesbezüglich – auch aus Gründen des Diskriminierungsschutzes – kaum. Leitungskräfte mit Behinderungen dürfte es noch seltener geben, wengleich die genannte BBK-Kampagne hierfür Beispiele gibt.

Insgesamt könnte eine stärkere Einbindung von Menschen mit Behinderungen nach Aussage der Befragten helfen, Expertise für inklusives Katastrophenmanagement ins eigene Haus zu holen.

Existenz von Aus-/Fortbildungen und Übungen zu Katastrophenmanagement und Risiko- und Krisenkommunikation (Indikatoren 8 und 9):

Aufgrund der inhaltlichen Nähe werden die Ergebnisse zu den Indikatoren 8 (Aus-/Fortbildung zu Katastrophenmanagement) und 9 (Aus-/Fortbildung zu Krisenkommunikation) zusammengeführt vorgestellt.

Einordnend ist zu erwähnen, dass im Rahmen der Studie nur Aus-/Fortbildungen gefunden wurden, die einen einschlägigen Titel hatten oder Menschen mit Behinderungen explizit benannten. In diesem Sinne ist es möglich, dass Programme, die keinen thematisch einschlägigen Titel tragen, dieses Thema aber dennoch aufgreifen, nicht betrachtet wurden. Hinsichtlich dieser Beispiele ist zu bedenken, dass deren Existenz noch nichts über die Zugänglichkeit oder die Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen als Dozent:innen sagt. Vor diesem Hintergrund ergibt sich auch hier ein unklares Bild.

Schulungen für die BOS bezüglich Menschen mit Behinderungen und möglicher Unterstützungsbedarfe finden sich vermutlich vornehmlich bei den Polizeien. So legen die Forderungen der Inklusionsaktionspläne nahe, dass es hier bereits Angebote gibt. Bei Feuerwehren ist die Lage uneindeutiger. Die Verfügbarkeit von Materialien legt nahe, dass Menschen mit Behinderungen und ihre Unterstützungsbedarfe in Ausbildungen für Einsatzkräfte thematisiert



werden. Berichte von Einsatzkräften deuten eher dahin, dass Schulungen zur Sensibilisierung von Einsatzkräften selten sind. Noch unklarer ist die Situation in den Hilfsorganisationen. Es gibt einige Kreise oder Kontexte, in denen Behinderung thematisiert wird. Anhaltspunkte dafür, dass es Teil der Breitenausbildung ist, gibt es jedoch nicht. Auf Bundesebene bietet die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) eine einschlägige Schulung an.

In der jüngeren Vergangenheit findet sich vermehrt die Forderung nach einer Stärkung der Selbsthilfe und einer Inklusion von Menschen mit Behinderungen als Einsatzkräfte. Die Studienergebnisse deuten nicht darauf hin, dass Menschen mit Behinderungen aktiv von einer Teilnahme an Schulungen für andere Bevölkerungssteile ausgeschlossen werden. Passiv sind sie zugleich oft mit infrastrukturellen und kommunikationsbezogenen Barrieren konfrontiert, die eine Teilnahme verhindern können. Spezifische Erste-Hilfe-Kurse existieren zwar an verschiedenen Stellen, aber nur vereinzelt und mit Fokus auf jeweils unterschiedliche Beeinträchtigungen. Andere Schulungen, wie etwa im Bereich Brandschutz, adressieren eher Einrichtungen beziehungsweise im Bereich Selbstschutz die An- und Zugehörigen von Menschen mit Behinderungen. Eine Teilnahme von Menschen mit Behinderungen an Aus-/Fortbildungen innerhalb der BOS ist vielfach abhängig von der Bereitschaft der lokalen Ausbilder:innen und Prüfer:innen.

An Übungen und deren Konzeption sind Menschen mit Behinderungen nach Aussage der befragten Personen ebenfalls sehr selten beteiligt.

Kooperationen von BOS und DPOs und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen (Indikatoren 6 und 10):

Aufgrund der inhaltlichen Nähe werden die Ergebnisse zu den Indikatoren 6 (Mitgestaltungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen) und 10 (Kooperationen zwischen BOS und Selbstvertretungsorganisationen [DPOs]) zusammengeführt vorgestellt.

Aktuell gibt es nur wenige Kooperationen zwischen Menschen mit Behinderungen beziehungsweise ihren Selbstvertretungsorganisationen und den BOS. Wobei hier, je nach befragter Stelle oder Person unterschiedliche Wahrnehmungen darüber existieren, ob dies (un-)angemessen sei. Ebenso findet nur selten eine Einbindung von Menschen mit Behinderungen und ihrer Selbstvertretungen in die Ausgestaltung von Sicherheitsmaßnahmen statt. Dies ist insbesondere in intersektionaler Hinsicht von Bedeutung, da etwa Menschen mit Behinderungen mit Migrationshintergrund damit vielfach unsichtbar sind. Vorhandene Kooperationen haben oft einen Projektcharakter und es ist nicht klar, ob die Ergebnisse langfristige Wirkung entfalten können. Auch wird in diesen vornehmlich auf Einrichtungen oder An- und Zugehörigen eingegangen und nicht auf Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungsorganisationen. Engagement ist zudem vielfach von einzelnen Personen und Stellen abhängig. Als Gründe für fehlende Kooperationen wird auf Seiten der Menschen mit Behinderungen vor allem ein fehlendes Bewusstsein für Krisen und Katastrophen genannt. Dies zeigt sich auch in den Inklusionsaktionsplänen, in denen Bevölkerungsschutz kaum thematisiert wird. Hinzukommt, dass Beteiligungsprozesse oft unbezahlt stattfinden sollen, was für die meist



ehrenamtlich und/oder gemeinnützig getragenen Selbstvertretungsorganisationen vielfach nur schwer leistbar ist. Seitens der BOS lässt sich einerseits eine mitunter ablehnende Haltung gegenüber einzelnen Vorstößen von Menschen mit Behinderungen und ihrer Selbstvertretung feststellen. Andererseits wird der mit einer Inklusion verbundene Aufwand als Problem gesehen. Die Folge all dieser Probleme ist ein mangelndes Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen und ihre vielfältigen Bedarfe in Krisen und Katastrophen.

Existierende Maßnahmen und Investitionen zum Abbau von Barrieren im Katastrophenmanagement in Deutschland (Indikatoren 7 und 11):

Aufgrund der inhaltlichen Nähe werden die Ergebnisse zu den Indikatoren 7 (Abbau von Barrieren) und 11 (Investitionen in inklusives Katastrophenmanagement) zusammengeführt vorgestellt.

Trotz der bisher skizzierten Problematiken lässt sich festhalten, dass es durchaus einige Ansätze und Materialien gibt, die Aspekte eines inklusiven Katastrophenmanagements adressieren. Dabei herrscht jedoch vielfach Unwissenheit darüber, welche Ansätze bereits existieren; auch innerhalb der Organisationen, die diese Ansätze herausgegeben haben. Hinzukommt, dass Ansätze und Materialien nicht flächendeckend oder standardisiert existieren. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen in Krisen und Katastrophen kann in diesem Sinne nicht ausgegangen werden. Die Existenz von Strukturen ist dabei positiv wie negativ von individuellem Engagement und individueller Bereitschaft abhängig.

Die vorhandenen Ansätze und Materialien haben zudem einen Fokus auf Pflege und Menschen mit Behinderungen, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe leben. Auch deshalb sagt ihr Vorhandensein wenig darüber, ob Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungen, die eigenständig außerhalb einer Einrichtung leben, auch von diesen profitieren können. Fortschritte lassen sich insbesondere in den Bereichen Brandschutz, Hitzeschutz und des Abbaus von Barrieren in der Warnung finden. Großes Potenzial hat insbesondere das durch das BBK geförderte Projekt Labor 5.000, in dem es um die Erstellung von Materialien und Betriebskonzepten für die Unterbringung von bis zu 5.000 Menschen in Notsituationen geht. Die Art und Weise, wie Menschen mit Behinderungen hier mitgedacht werden, könnte besondere Signalwirkung für andere Einsatzkonzepte entfalten.



4. Handlungsbedarfe und -empfehlungen

Basierend auf den Ergebnissen der Studie und in Auseinandersetzung mit konkreten Forderungen der Interview- und Fokusgruppenteilnehmer:innen sowie existierender Strategiepapiere von BOS, Wohlfahrtsverbänden, Initiativen und Selbstvertretungsorganisationen werden in diesem Abschnitt neun Handlungsbedarfe und Empfehlungen für die Verbesserung der Inklusivität im Katastrophenmanagement formuliert. Sie orientieren sich an den Indikatoren der Studie und adressieren dort beschriebenen Probleme.

Handlungsbedarf 1:

Erstellung einer akteurs- und ressortübergreifenden Strategie für inklusiven Bevölkerungsschutz

Ein angemessenes Katastrophenmanagement adressiert alle Menschen gleichberechtigt und unter Berücksichtigung ihrer Bedarfe. Dies erfordert gleichwertige Lebenschancen und -bedingungen unabhängig vom Lebensort. Hierfür bedarf es eines abgestimmten und gemeinschaftlich getragenen Plans mit klaren Verantwortlichkeiten und gemeinsamen Standards. Aufgrund der inhaltlichen und einsatztaktischen Überschneidungen sollte eine Strategie verfasst werden, welche Katastrophenschutz und Zivilschutz unter dem Titel „Bevölkerungsschutz“ zusammendenkt und alle Akteur:innen auf Bundes- und Länderebene anspricht. Körperliche, intellektuelle, sinnesbezogene und psychische Vielfalt macht ebenso wenig wie Katastrophen an Ländergrenzen halt. (Indikatoren 2, 6 und 10)

- Empfehlungen:
- 🌐 Formulierung einer Strategie für inklusiven Bevölkerungsschutz innerhalb Deutschlands, die klare Ziele, Arbeitsschritte mit einem Zeitplan, verantwortliche Akteur:innen sowie Indikatoren und Prüfungsinstanzen zur Erfolgsbeurteilung umfasst.
 - 🌐 Einbindung von Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungsformen in alle Schritte dieses Prozesses; insbesondere als Entscheider:innen.
 - 🌐 Schaffung einer akteursübergreifenden Sammelstelle für Informationen, Materialien und Ansätze für inklusiven Bevölkerungsschutz, welche aktiv zu einer Standardisierung beiträgt.
 - 🌐 Auch deutsche Bevölkerungsschutzstrukturen dürfen lernen! Sammlung, Aufarbeitung und Nutzung existierenden Wissens und vorhandener Ansätze aus dem In- und Ausland für die Erstellung der Strategie und der konkreten Schritte.
 - 🌐 Auch in deutschen Bevölkerungsschutzstrukturen gibt es Wissen! Sammlung und Aufarbeitung von Erfahrungen und Wissen aus vergangenen Lagen und Transfer in Einsatzkonzepte und Strategien.
 - 🌐 Forschungsförderung für inklusiven Bevölkerungsschutz stärken.



Handlungsbedarf 2:

Inklusion als Aspekt des Bevölkerungsschutzes und Bevölkerungsschutz als Aspekt von Inklusion verankern

Artikel 11 der Behindertenrechtskonvention findet bisher sowohl im Bevölkerungsschutz als auch im Kontext der Inklusionsaktionspläne wenig Beachtung. Um dies zu ändern, müssen Bevölkerungsschutz und die Umsetzung von Inklusion als Querschnittsthemen besser verankert werden. Bevölkerungsschutz beginnt nicht erst in der Katastrophe oder im Spannungsfall, sondern baut auf Alltagsstrukturen auf. Inklusion ist nicht nur im Alltag wichtig, sondern muss auch in Notlagen gelebt werden. (Indikatoren 2, 6 und 10)

- Empfehlungen:
-  Förderung der Umsetzung der BRK auf allen Ebenen und Abbau von Barrieren, um bereits im Alltag Kapazitäten für die Bewältigung von Notlagen zu schaffen.
 -  Reflexion über mögliche Implikationen von Entwicklungen, Maßnahmen und Ansätzen im Bereich Bevölkerungsschutz für Menschen mit Behinderungen.
 -  Schaffung von finanzierten Dauerstellen für die Umsetzung der Strategie für inklusiven Bevölkerungsschutz auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, sowie in Innen- und Sozialministerien.
 -  Einbindung von Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungsformen in Prozesse zur Konzeption von Krisenplänen auf Bundes-, Landes-, Kommunen- und Einrichtungsebene; insbesondere als Entscheider:innen.
 -  Ermöglichung der Mitwirkung von ehrenamtlich arbeitenden Mitarbeiter:innen von Selbstvertretungsorganisationen durch Aufwandsentschädigungen und andere Maßnahmen.
 -  Sicherstellung der Einbindung einer behinderungsbezogenen Perspektive in allen Phasen des Managements von Krisen und Katastrophen; etwa in Form einer Fachberatung Inklusion.
 -  Schaffung von Anlaufstellen zur Beratung von eigenständig lebenden Menschen mit Behinderungen bezüglich des Themas Bevölkerungsschutz (Eigenvorsorge ebenso wie Mitwirkung).
 -  Einbindung von Akteur:innen des Bevölkerungsschutzes beim (Um-)Bau und der Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen. Dies gilt besonders in Einrichtungen der Behindertenhilfe.
 -  Förderung der Kooperation von BOS, Selbstvertretungsorganisationen und Träger:innen der Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen.
 -  Schärfung von Sanktionsmechanismen für eine Vernachlässigung der Belange von Menschen mit Behinderungen und fehlende Umsetzung der BRK (z. B. Barrierefreiheit) auch im Katastrophenmanagement.



Handlungsbedarf 3:

Menschen mit Behinderungen in ihrer Vielfalt sehen

Menschen mit Behinderungen sind keine homogene Gruppe. Es gibt nicht nur Unterschiede hinsichtlich der vorhandenen Beeinträchtigungsformen und ihrer Ausprägung, sondern ebenso wie im Rest der Bevölkerung auch hinsichtlich unterschiedlicher Lebenssituationen und Lebensrealitäten. Maßnahmen sollten immer mit konkreten Lebenssituationen von Menschen mit Behinderungen abgeglichen werden. Menschen haben neben ihrer körperlichen, intellektuellen, sinnesbezogenen und psychischen Verfassung zudem ein Geschlecht, ein Alter, einen Migrationshintergrund, einen sozialen Status, ein bestimmtes soziales Umfeld und weitere Eigenschaften. All diese Faktoren beeinflussen die individuellen Kapazitäten und Herausforderungen in Katastrophen. Diese Intersektionalitäten sind bei der Konzeption und Umsetzung von Bevölkerungsschutzmaßnahmen zu berücksichtigen. (Indikator 1)

- Empfehlungen:
- 🌐 Anerkennung und Berücksichtigung der körperlichen, intellektuellen, sinnesbezogenen und psychischen Vielfalt der Bevölkerung in Konzepten und Einsatzstrategien.
 - 🌐 Anerkennung und Berücksichtigung von Hilfsmitteln als Voraussetzung für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen; auch in Katastrophen und Krisen.
 - 🌐 Anerkennung und Förderung eines selbstbestimmten Lebens von Menschen mit Behinderungen außerhalb von Einrichtungen der Behindertenhilfe.
 - 🌐 Spezifizierung von Beeinträchtigungsformen in Konzepten aller Phasen des Managements von Krisen und Katastrophen.
 - 🌐 Kritische Hinterfragung des Katastrophenmanagement-Grundsatzes „sauber. satt. sicher.“ mit Blick auf eine angemessene Teilhabe und gleichberechtigte Versorgung von Menschen mit Behinderungen.
 - 🌐 Kritische Hinterfragung einer pauschalisierenden Rede von vulnerablen Gruppen: Gesellschaftliches Handeln beeinflusst, wer vulnerabel wird. Je inklusiver die Strukturen, desto geringer die Vulnerabilität.
 - 🌐 Förderung einer kritischen und transparenten Debatte über Möglichkeiten des Zusammendenkens von Unterstützungsbedarfen älterer, pflegebedürftiger und beeinträchtigter Menschen und notwendiger Unterscheidungen von Lebenssituationen und Unterstützungsbedarfen.
 - 🌐 Einbindung von Menschen mit verschiedenen Behinderungen in alle Prozesse; insbesondere als Entscheider:innen.



Handlungsbedarf 4:

Strukturen schaffen, um Menschen mit Behinderungen Eigenvorsorge und Selbsthilfe zu ermöglichen

Eigenvorsorge und Selbsthilfe sind wichtige Komponenten eines gelingenden Bevölkerungsschutzes. Menschen mit Behinderungen haben grundsätzlich, wie auch der Rest der Bevölkerung, vielfältige Fähigkeiten. Menschen mit Behinderungen haben zudem die gleiche Pflicht, im Rahmen dieser Fähigkeiten einen Beitrag zum Bevölkerungsschutz zu leisten. Aktuell existieren zugleich viele Barrieren, die Menschen mit Behinderungen davon abhalten, diese Fähigkeiten zu nutzen und sie in eine Hilflosigkeit und damit Abhängigkeiten drücken. Damit Menschen mit Behinderungen Eigenvorsorge betreiben und sich selbst helfen können, müssen sie dazu in die Lage versetzt und befähigt werden. (Indikatoren 1, 4, 8 und 9)

- Empfehlungen:
-  Schaffung von Schulungen über bestehende Risiken und damit verbundene Handlungsweisen, welche den Lebenssituationen von Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungsformen Rechnung tragen und an denen diese und ihre An- und Zugehörigen flächendeckend barrierefrei teilhaben können.
 -  Schaffung einer flächendeckenden Verfügbarkeit von Erste-Hilfe- und Brandschutz-Kursen für Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungsformen, die in Einrichtungen oder eigenständig leben.
 -  Einbindung von Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungsformen als Referent:innen sowie Förderung von Maßnahmen der Barrierefreiheit der Kurse (z. B. durch gemeinsame Fonds von Innen- und Sozialministerien).
 -  Erstellung von barrierefreien Broschüren über bestehende Risiken und damit verbundene Handlungsweisen, welche den Lebenssituationen von Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungsformen Rechnung tragen und die für Menschen in jedem Bundesland leicht auffindbar sind.
 -  Schaffung von Anlaufstellen und Unterstützungsangeboten für Investitionen in Eigenvorsorge von Menschen mit Behinderungen. Diskussion über eine Erweiterung der Kranken- und Pflegekassenbeihilfen mit Blick auf Vorsorge und die Wiederbeschaffung von Hilfsmitteln.
 -  Diskussion über die Bereitstellung einer Hotline für Menschen mit besonderen Unterstützungsbedarfen in Notlagen abseits (notfall-)medizinischer Hilfen.
 -  Abbau von Barrieren in der Früh-Warnung, dem Notruf, der Evakuierung, Notunterbringung und Verarbeitung von Krisen und Katastrophen, die ein selbstbestimmtes Handeln von Menschen mit Behinderungen verhindern; Schaffung von inklusiven Redundanzen.
 -  Einbindung von Menschen mit verschiedenen Behinderungen in alle Prozesse; insbesondere als Entscheider:innen.



Handlungsbedarf 5:

Mehr Übungen mit Menschen mit Behinderungen (konzipieren)

Soll etwas im Notfall abrufbar sein, muss es geübt sein. Aktuell mangelt es deutlich an inklusiven Übungen, wodurch Berührungängste bestehen bleiben und Fehler oder Probleme nicht identifiziert werden können. Es braucht eine inklusive Übungskultur für Notfälle aller Art. (Indikatoren 8 und 9)

- Empfehlungen:
- 🌐 Einbindung von Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungsformen in alle Übungskonzeptionen von BOS oder von Einrichtungen der Hilfe für Menschen mit Behinderungen; insbesondere als Entscheider:innen.
 - 🌐 Einbindung von Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungsformen in alle Übungen von BOS oder von Einrichtungen der Behindertenhilfe.
 - 🌐 Analyse aller Übungen (mit Menschen mit Behinderungen) und Formulierung von Lehren für die Zukunft.

Handlungsbedarf 6:

Ermöglichung einer menschenrechtsschützenden und DSGVO-konformen Bereitstellung von Daten zur Planung und akuten Hilfeleistung

Die Kapazitäten der BOS gerade in Krisen und Katastrophen sind begrenzt und der größtenteils ehrenamtlich getragene Bevölkerungsschutz hat Anlaufzeiten, um Hilfe zu leisten. Um trotzdem schnell und zielgerichtet Hilfe leisten zu können, werden Informationen benötigt, wer, wann, wo welche Hilfe braucht. Dabei ist darauf zu achten, dass die hinter diesen Daten stehenden Personen vor menschen- und behinderungsfeindlichen Angriffen und einem Missbrauch geschützt werden. (Indikator 3)

- Empfehlungen:
- 🌐 Transparente Diskussion über das Spannungsfeld zwischen einem Schutz durch die Verfügbarkeit von und den schnellen Zugriff auf Daten und einer möglichen Gefährdung durch Daten, sowie über Chancen, Anforderungen und die Trägerschaft einer Datenbank für Menschen mit besonderen Unterstützungsbedarfen unter Berücksichtigung existierender Ansätze.
 - 🌐 Schaffung von organisations- und landesübergreifenden Einsatzroutinen für die Hilfeleistung für Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungsformen (z. B. Transport von E-Rollstühlen oder Assistenztieren im Notfall, Hilfe für demenziell veränderte Menschen, Notunterbringung von pflegebedürftigen Menschen)
 - 🌐 Vernetzung von Einrichtungen der Wohlfahrtspflege und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung mit den BOS.
 - 🌐 Einbindung von Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungsformen in alle Prozesse; insbesondere als Entscheider:innen in Führungspositionen



Handlungsbedarf 7:

Strukturen schaffen um Menschen mit Behinderungen ein Engagement in den BOS zu ermöglichen

Bevölkerungsschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der jede:r einen Beitrag leisten kann und sollte. Dies gilt für den Selbstschutz, wie auch für die Arbeit der BOS. Menschen mit Behinderungen sind bisher selten ehren- oder hauptamtlich im Katastrophenmanagement aktiv. Sie als haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeiter:innen des Katastrophenmanagements zu gewinnen wirkt einerseits einem schrumpfenden Ehrenamt entgegen. Andererseits können Menschen mit Behinderungen durch ihr Wissen um die Unterstützungsbedarfe sowie die sich daraus abzuleitenden angemessenen Vorkehrungen einen wertvollen Beitrag für einen inklusiveren Bevölkerungsschutz leisten. Auch hier gilt: Sollen Menschen mit Behinderungen mitwirken, müssen sie dazu in die Lage versetzt und aktuelle Barrieren abgebaut werden, um teilhaben zu können. (Indikator 4)

- Empfehlungen:
-  Aufklärung von Menschen mit Behinderungen über die Möglichkeiten und die Notwendigkeit einer Mitwirkung in den BOS.
 -  Erhöhung des Bewusstseins für die Vielfältigkeit einer Mitwirkung im Bevölkerungsschutz und die damit verbundenen unterschiedlichen Einsatzfelder und Anforderungen.
 -  Abbau von infrastrukturellen und gedanklichen Barrieren in den BOS, die eine Mitwirkung verhindern (z. B. in der Ausbildung) und Reduzierung der Abhängigkeit von der Bereitschaft einzelner Führungs- und Leitungskräfte.
 -  Förderung von Maßnahmen der Barrierefreiheit (z. B. durch gemeinsame Fonds von Innen-, Sozial- und weiteren Ministerien).
 -  Förderung der Mitarbeit in den BOS durch Diskussion über eine Erweiterung der Kranken- und Pflegekassenbeihilfen mit Blick auf Teilhabe am Bevölkerungsschutz.
 -  Stärkere Einbindung und Befähigung von Menschen mit Behinderungen als Ersthelfer:innen in den Einrichtungen, in denen sie leben und arbeiten.
 -  Einbindung von Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungsformen in alle Prozesse; insbesondere als Entscheider:innen.



Handlungsbedarf 8:

Abbau von Barrieren in allen Phasen des Bevölkerungsschutzes

Der Abbau von Barrieren ist zentral für einen inklusiven Bevölkerungsschutz. Aktuell wird diesbezüglich vor allem auf die Warnung fokussiert. Barrierefreiheit und die Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen und ihren Unterstützungsbedarfen muss sich durch alle Phasen ziehen: von Präventionsmaßnahmen, über Maßnahmen der Vorsorge, der Bewältigung bis hin zur Verarbeitung von Krisen und Katastrophen. (Indikator 7 und 11)

- Empfehlungen:
- Formulierung von Anforderungskatalogen bezüglich der Unterstützungsbedarfe von Menschen mit Behinderungen in allen Phasen des Bevölkerungsschutzes.
 - Sensibilisierung und Fortbildung von Helfer:innen in den BOS für die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und pflegebedürftigen Menschen; insbesondere in der nicht-medizinischen Versorgung.
 - Forderung und Förderung einer Erhöhung der Anzahl an Nachtwachen in Einrichtungen der Hilfe für Menschen mit Behinderungen.
 - Schaffung von Strukturen, die einen Ausfall von Teilhabe- und Therapieangeboten auch in Krisen verhindern sollen.
 - Durchgehende Gebärdensprachdolmetschung bei Warnungen im Katastrophenfall auf allen öffentlich-rechtlichen Kanälen (nicht nur digital) sowie Bereitstellung von Informationen in Leichter Sprache.
 - Verpflichtende und einheitliche Standards, die eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungsformen am gesellschaftlichen Leben auch in vorzuhaltenden Notunterkünften sicherstellen (z. B. durch Barrierefreiheit, Wiederbeschaffung von Hilfsmitteln und geschultes Personal).
 - Sicherstellung des verbesserten Schutzes vor (sexualisierter) Gewalt im Kontext der Bewältigung von Katastrophen und Krisen.
 - Transparente Bearbeitung des Spannungsfeldes Triage und Beeinträchtigungen.
 - Anpassung von Bauordnungen, um die Barrierefreiheit aller Neubauten auch im Kontext des Wiederaufbaus sicherzustellen und zerstörten barrierefreien Wohnraum zu ersetzen.
 - Einbindung von Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungsformen in alle Prozesse; insbesondere als Entscheider:innen.



Handlungsbedarf 9:

Offener Umgang mit Spannungsfeldern und Förderung einer Fehlerkultur

Bevölkerungsschutz und Inklusion gehen mit komplexeren Herausforderungen einher. Des Weiteren stehen beide mitunter im Konflikt miteinander. In dieser Situation gilt es Lösungen zu finden, die sowohl Menschen mit verschiedenen Behinderungen als auch den jeweiligen Herausforderungen für die BOS angemessen Rechnung tragen. Dies setzt einerseits voraus, dass Menschen mit Behinderungen und ihre Unterstützungsbedarfe nicht als Sonderwünsche abgetan werden, sondern Teilhabe insbesondere in Krisen und Katastrophen von zentraler Bedeutung ist. Andererseits bedarf es des gegenseitigen Verständnisses für Problemstellungen bei gleichzeitigem Respekt. (alle Indikatoren)

- Empfehlungen:
-  Schaffung einer Atmosphäre wertschätzender und produktiver Zusammenarbeit zwischen BOS und Menschen mit Behinderungen im beiderseitigen Interesse.
 -  Förderung des Bewusstseins, dass das Menschenrecht auf gleicher Teilhabe nicht in Katastrophen und Krisen endet.
 -  Anerkennung, dass ein inklusiver Bevölkerungsschutz das Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Teilhabe thematisieren und aushandeln muss.
 -  Allseitige Bereitschaft, produktiv aus Fehlern zu lernen.

5. Forschungs- und Diskussionsbedarfe

Die vorliegende Studie ist nicht abschließend. Aus ihr ergeben sich weitere dringende Forschungs- und Diskussionsbedarfe. Zu nennen sind hier zum Beispiel:

- Forschung und Diskussionen darüber, wie zu einem komplexeren und weniger pauschalen Gruppenverständnis von Menschen mit Behinderungen gelangt werden kann (etwa in einer exemplarischen Darstellung der Vielfältigkeit von Menschen mit Behinderungen und ihrer Unterstützungsbedarfen),
- Forschung zur Entwicklung von Maßnahmen, um Barrieren in allen Phasen von Katastrophenmanagement und Zivilschutz abzubauen,
- Forschung zu niedrigschwelligen Maßnahmen zur Stärkung der Selbstschutzzfähigkeiten von Menschen mit Behinderungen.

Ein inklusiver Bevölkerungsschutz ist zudem nicht frei von Spannungsfeldern. Ganz allgemein wurde mehrfach auf die Herausforderungen zwischen Sicherheit(-maßnahmen) und ihrer möglichen Einschränkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verwiesen. Ganz konkret zeigte sich dies im Rahmen der COVID-19-Pandemie mit Blick auf das Thema der Isolation oder des Tragens von Masken, die die Kommunikation und das Atmen einschränken können. Derartige Spannungsfelder lassen sich vielfach nicht ohne Weiteres auflösen und stellen sich mit Blick auf die Vielfältigkeit von Katastrophenmanagement und Bevölkerungsschutzhandeln immer wieder. Ein weiterer



Forschungsbedarf besteht daher darin, besser auf konkrete Probleme vorbereitet zu sein, indem die existierenden Spannungsfelder im Vorfeld diskutiert und bearbeitet werden.

6. Fazit

Die vorliegende Studie zeigt in detaillierter Weise (s. Langfassung), welchen Herausforderungen Menschen mit Behinderungen aktuell in Krisen und Katastrophen gegenüberstehen. Die Studie stützt dabei die Aussage der Vereinten Nationen, dass es in Deutschland aktuell an strategischen Überlegungen und Handlungen mangelt, wie Menschen mit Behinderungen im Sinne von Artikel 11 der BRK angemessen inkludiert werden können. Ohne aktive und vollständige Umsetzung von Artikel 11 kann zugleich nicht davon ausgegangen werden, dass die (Menschen-)Rechte von Menschen mit Behinderungen in Katastrophen und Krisen gewährleistet werden.

Es wird deutlich gezeigt, dass es zwar vereinzelt vielversprechende Maßnahmen und Ansätze gibt (s. Anhang), es jedoch stark davon abhängt, wo Menschen mit Behinderungen leben. Dies gilt für alle Phasen des Katastrophenmanagements beziehungsweise Bevölkerungsschutzes. Was zugleich nicht festgestellt wurde, ist eine aktive Benachteiligung. Helfer:innen und Verantwortliche betonen, dass sie versuchen werden, jede:n zu retten, sie aber improvisieren müssen. Dass einzelne Menschen das Bewusstsein und das Engagement haben, im Krisen- oder Katastrophenfall für alle angemessen zu handeln, ist hochzuschätzen. Dies gilt auch für Menschen mit Behinderungen, die mangels vorhandener Unterstützungsstrukturen alternative Handlungsweisen entwickeln müssen, um sich aus Gefahrensituationen selbst zu retten und mitunter auch selbst zu versorgen. Zugleich zeigt der Verlass auf die Improvisationsgabe und das Verhalten Einzelner, dass Unterstützungsstrukturen nicht zuverlässig zur Verfügung stehen. Folglich verweist die Studie auf einen deutlichen Handlungsbedarf auf allen Ebenen und bei allen Akteur:innen – nicht nur des Katastrophenmanagements oder Bevölkerungsschutzes, sondern auch bei sozialen Akteur:innen und Sozialministerien.

Die Studie analysiert und beschreibt den Status Quo und entwickelt daraus klar definierte Handlungsbedarfe, die für eine inklusive Gesellschaft zu verfolgen sind: die Diskussion über eine Zielsetzung für die nächsten Jahre, die Benennung klarer Indikatoren für die Weiterentwicklung und eine Strategie zur Implementierung. Die damit verbundene Kritik am aktuellen Zustand sollte dabei als Chance verstanden werden, Probleme identifiziert zu haben und damit sowohl Strukturen als auch Handlungsweisen entwerfen zu können, bevor die nächste Katastrophe oder Krise eintritt. In diesem Sinne sollte darauf gezielt werden, ähnliche Studien in regelmäßigen Abständen zu wiederholen und, vergleichbar mit dem Warntag des BBK, Fortschritte oder Nachholbedarfe sichtbar zu machen.



7. Anhang: Übersicht Ansätzen und Materialien in Deutschland

Die vorgestellten Ansätze werden unterschieden in allgemeine Ansätze zur Förderung der Inklusion, Ansätze zur Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen als Betroffene sowie zur Einbindung von Menschen mit Behinderungen als Helfende. Zum Teil wird auch auf bestehende Datenbanken verwiesen, die bereits Wissensbestände zusammengeführt haben.

Praktische Maßnahmen	Handreichungen mit Empfehlungen/ Checklisten
Ausbildungen	Forschungsberichte

Tabelle 2: Allgemeine Ansätze und Materialien zum Thema Inklusion

Allgemeine Ansätze und Materialien zum Thema Inklusion
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) 2024: Partizipationsfonds – Förderbekanntmachung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für die Förderperiode 2024 . Fördermöglichkeit für Projekte zur Verbesserung der Fähigkeiten und Möglichkeiten bundesweit agierender Verbände und Organisationen von Menschen mit Behinderungen zur Mitgestaltung von Politik und Gesellschaft auf Bundesebene, verfügbar hier .
Bundesfachstelle Barrierefreiheit . Datenbank mit Fachwissen zum Thema Barrierefreiheit in vielen Bereichen. Verfügbar hier .
nullbarriere.de o. J.: barrierefrei planen – bauen – wohnen , verfügbar hier .
bfb barrierefreies bauen (Hrsg.) 2019: Barrierefreier Brandschutz – Evakuierungskonzepte für alle , verfügbar hier .
Arbeitsschutzausschüsse beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) 2023: ASR V3a.2: Technische Regeln für Arbeitsstätten – Barrierefreie Gestaltung von Arbeitsstätten , Ausgabe: August 2012, zuletzt geändert GMBI 2023, S. 652, 2023., verfügbar hier .
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) 2017: Leitfaden zur konsequenten Einbeziehung der Belange von Menschen mit Behinderungen (Disability Mainstreaming) , verfügbar hier .
Handicap International (Hrsg.) o. J.: Grundlegende Informationen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung , verfügbar hier .
Maaß C. und Rink I. (Hrsg.) 2018: Handbuch Barrierefreie Kommunikation , Verlag Frank & Timme, verfügbar hier .
Aktion Mensch (Hrsg.) o. J.: Tipps zur Gestaltung barrierefreier Websites , verfügbar hier .
Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (Hrsg.) o. J.: Angemessene Vorkehrungen , verfügbar hier .
Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.) o. J.: Diskriminierungsschutz , verfügbar hier .
Diakonie Hamburg (Hrsg.) 2013: Praxisleitfaden: Engagement von Menschen mit Behinderungen – Erfahrungen aus dem Projekt Selbstverständlich Freiwillig , verfügbar hier .
Bayerische Staatsregierung (Hrsg.) o. J.: Universelles Design: gute Produkte für alle , verfügbar hier .



Tabelle 3: Ansätze und Materialien für Einsatzkräfte zur Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen

Ansätze und Materialien für Einsatzkräfte zur Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen
Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Berlin e.V. 2022: A Blind Story – Inklusion im Ehrenamt . Blinde Einsatzkraft, die über Herausforderungen von nicht oder schlecht sehenden Menschen aufklärt und in der Durchführung von Übungen unterstützt, verfügbar hier .
aidminutes.rescue-App . Die "aidminutes.rescue-App" ist ein medizinischer Sprachassistent. Rettungskräften stehen in der App hunderte Phrasen zur Verfügung, um Patient:innen zu befragen, zu informieren und ihr Einverständnis für eine Untersuchung einzuholen. Enthält Gebärdensprache, verfügbar hier .
SWING 2.0: DGS-Kompetenz für hörende Menschen o. J. Gebärdensprachliches Wörterbuch für verschiedene Bereiche und in verschiedenen Sprachen. Ein Bereich ist das Gesundheitswesen. DGS ist als Sprache ebenfalls verfügbar. Zudem gibt es Trainingsmaterialien, verfügbar hier .
Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V. und Arbeiter-Samariter-Bund e.V. (Hrsg.) o. J.: Betreuungssichtung in der Akutphase von Einsatzlagen . Betreuungssichtung soll fachliche Lagebewertung und Einsatz-Ablauforganisation im Rahmen der Bewältigung von Einsatzlagen mit großen Betroffenenzahlen erleichtern. Wird durch BiA Betroffenenanhängerkarte ergänzt. Kontakt hier .
Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung: Lehrgang „Psychosoziales Krisenmanagement für Menschen mit Behinderung“ , Jahresprogramm der BABZ 2024, verfügbar hier .
Malteser Hilfsdienst e.V., Diözese Regensburg: Aufbauseminar Krisenintervention . Krisenintervention in der Psychosozialen Akuthilfe. Inklusion in der Psychosozialen Notfallversorgung für Betroffene. Verfügbar hier .
Malteser Hilfsdienst e.V., Bistum Münster: Fortbildung für Erste Hilfe für Menschen mit Handicap , verfügbar hier .
Landesschule des Deutschen Roten Kreuz Landesverband Baden-Württemberg e.V.: Erste Hilfe für – Notfälle mit – Menschen mit Behinderung . Die Lehrunterlage ermöglicht Bildungsangebote für Kontaktpersonen von pflegebedürftigen oder Menschen mit Behinderungen sowie Kurse für Menschen mit Behinderungen, verfügbar hier .
Wohlrab M. 2013: „ Deutlich sprechen, Gesten benutzen “, Rettungs-Magazin, Nr. November/Dezember 2013, S. 34-36. Fortbildung zu Gebärdensprache für Einsatzkräfte von Jodith Notdurft Consulting, verfügbar hier .
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) o. J.: Informationen für Polizistinnen und Polizisten für den Umgang mit Menschen mit Behinderung , verfügbar hier .
Landeszentrale für Gesundheitsförderung Rheinland-Pfalz e.V. (Hrsg.) 2012: Menschen mit Behinderungen und Polizei – Vertrauen, Transparenz und Sicherheit , verfügbar hier .
Landeszentrale für Gesundheitsförderung Rheinland-Pfalz e.V. (Hrsg.) 2017: Im Einsatz mit an Demenz erkrankten Menschen – Ein Ratgeber für Polizistinnen und Polizisten , verfügbar hier .
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) 2023: Nachbarschaftshilfe – Tipps und Informationen für Helfende , verfügbar hier .



Tabelle 4: Allgemeine Ansätze und Materialien zu **Menschen mit Behinderungen als Betroffene**

Allgemeine Ansätze und Materialien zu Menschen mit Behinderungen als Betroffene
Berliner Krisendienst: Psychosoziale Notfallversorgung bei Großschadenslagen, Krisen und Katastrophen der Stadt Berlin, bei der Menschen mit kognitiver Behinderung von Anfang an mitgedacht werden, verfügbar hier .
Arbeiter-Samariter-Bund Coburg e.V.: Kriseninterventionsteam des ASB Coburg. Psychosoziale Notfallversorgung des Kreisverbands Coburg, bei dem Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarfen von Anfang an mitgedacht werden. Teilweise werden auch Vorträge und Schulungen angeboten, verfügbar hier .
BeB Datenbank Gute Beispiele im Umgang mit der Corona-Krise in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie, verfügbar hier .
Wissusek M.: Demenzlotsen. Herausgegeben von der Feuerwehr Bad Buchau, Notfallbogen mit Informationen für Menschen mit Demenz, Behinderung, psychischer Belastung, verfügbar hier .
Bayerisches Rotes Kreuz Kreisverband Erlangen-Höchststadt, Feuerwehr Erlangen und Kommune Inklusion: Gebärdensprachliche Notfallunterstützung. Die GNU ist für Sofortlagen konzipiert, wenn eine Kommunikation zwischen hörgeschädigten Menschen oder deren Angehörigen mit Einsatzkräften vor Ort (Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei) oder im Krankenhaus nicht möglich ist. Das Projekt gewann den 2. Platz des Preises Helfende Hand 2020 und ist Gewinner des Ehrenamtspreis 2021 der Versicherungskammerstiftung. Verfügbar hier .
Landesverbands Bayern der Gehörlosen e.V. und Bezirksverband der Hörgeschädigten Oberbayern e.V.: Modellprojekt „Notfallbereitschaft“ – Gebärdensprachdolmetscher:innen für Notsituationen. Die Notfallbereitschaft des stellt ein Projekt zur Etablierung einer Rufbereitschaft von Gebärdensprachdolmetscher:innen für gehörlose Menschen in Bayern in Notsituationen dar. Verfügbar hier .
Deutsches Rotes Kreuz e.V. Generalsekretariat (Hrsg.) 2018: Das Sicherheitsbingo – Spielerisch Notfallvorsorge-Tipps vermitteln, verfügbar hier .
Hansestadt Hamburg (Hrsg.): Beschreibung von Polizei, Feuerwehr und Sicherheitsthemen in Leichter Sprache und DGS, verfügbar hier (Leichte Sprache) und hier (Gebärdensprache).
Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg 2023: Veranstaltung „Rette sich, wer kann!? Schutz für alle Menschen bei Katastrophen und in Krisen“ , verfügbar hier .
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Ortenau e.V. (Hrsg.): Betreuer vor Ort. Betreuerische Einheit analog zum sanitätsdienstlichen „Helfer vor Ort“, verfügbar hier .
altenpflege-hilfe.net (Hrsg.): Überleitungsbogen Pflegeheim – inkl. Muster / Vorlage zum Download, verfügbar hier .
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.): Projekt Labor 5.000 – Mobile Betreuungsreserve des Bundes, verfügbar hier .
Der Paritätische (Hrsg.): Forum Rettungswesen und Katastrophenschutz, verfügbar hier .
Verbraucherzentrale (Hrsg.) 2023: Hausnotrufsysteme: Schneller Draht zur Hilfe, verfügbar hier .
Universität Hamburg (Hrsg.) 2016: Verhalten im Brandfall – Evakuierung behinderter Personen: Information zur ‚Patentregelung‘ und Benennung der Paten, verfügbar hier .



ZDFheute Nachrichten (Hrsg.): Ahr-Flut: Wie gefährdet sind Menschen mit Behinderungen bei Naturkatastrophen? Die Spur , verfügbar hier .
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) 2019: Modul 4 und 6 der Schulung Erster Hilfe mit Selbstschutzzinhalten . Modul 4: Betreuung von Hilfebedürftigen mit Pflegebedarf, Modul 6: Selbsthilfe für Pflegenden, verfügbar hier .
fire-circle.de (Hrsg.): 5-Sinnes-Check: Retten und Evakuieren von Menschen mit Behinderungen , verfügbar hier .
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) 2017: Assisting People with Disabilities in Case of Disaster: European Network for Psychosocial Crisis Management . Projekt EUNAD, Science Forum 14 (nur in englischer Sprache verfügbar), verfügbar hier .
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (Hrsg.) 2023: Vorbereitung auf und Bewältigung von Krisen und Katastrophen – Handreichung für ambulante Pflegeeinrichtungen , verfügbar hier .
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (Hrsg.) 2023: Vorbereitung auf und Bewältigung von Krisen und Katastrophen – Handreichung für stationäre Pflegeeinrichtungen und Tagespflegeeinrichtungen , verfügbar hier .
Diakonie Hessen (Hrsg.) 2023: Muster-Krisenkonzept Ambulante Dienste , verfügbar hier .
Feuerwehr Kassel (Hrsg.) 2020: Notfallvorsorge Heimbeatmung – Fachblatt der Feuerwehr Kassel zur Information von Angehörigen von beatmeten und intensivpflichtigen Patienten , verfügbar hier .
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) o. J.: Informationen für Polizistinnen und Polizisten für den Umgang mit Menschen mit Behinderung , verfügbar hier .
Bezirksregierung Münster (Hrsg.) 2016: Handlungsempfehlung für Senioren- und Pflegeeinrichtungen sowie weitere Einrichtungen der Betreuung im Regierungsbezirk Münster bei Krisenfällen , verfügbar hier .
Deutsches Rotes Kreuz e.V. und IFRC-Shelter Reserach Unit (Hrsg.) 2016: Leitfaden zur Unterbringung von Geflüchteten in Deutschland , Hauptautorin: Metzger, S. M., verfügbar hier .
Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (Hrsg.) 2022: Handreichung zur Umsetzung des Anspruchs auf Begleitung im Krankenhaus nach § 113 Abs. 6 SGB IX , verfügbar hier .
Deutsches Rotes Kreuz e.V. (Hrsg.) 2022: UNGESEHEN?! Geflüchtete Menschen mit Behinderungen in Deutschland: Ergebnisse der Bedarfserhebung , verfügbar hier .
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) 2021: Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften , verfügbar hier .
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) 2013: Katastrophenvorsorge für alle – Inklusion von Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen , verfügbar hier .
GreenAdapt (Hrsg.) 2022: Klimaanpassungskonzept für INTEGRAL e.V. im Rahmen des Vorhabens ‚Klimaresiliente Behinderteneinrichtungen‘ , verfügbar hier .
Deutsches Rotes Kreuz e.V. (Hrsg.) 2023: Resiliente Krankenhausinfrastrukturen – Handlungsempfehlungen für die Stärkung der medizinischen Versorgung in Krisen und Katastrophen , Autor:innen: Windsheimer P., Janietz R.,



Händlemeyer A., Heidgen B., Schüsseler M., Hennig-Finke I., Bagus S., Max M., Schriften der Forschung 12, verfügbar hier .
Ammicht Quinn R., Bescherer P., Gabel F., Kraher A. 2017: Leitlinien für eine gerechte Verteilung von Sicherheit in der Stadt , Materialien zur Ethik in den Wissenschaften 14, verfügbar hier .
Deutsches Rotes Kreuz e.V. (Hrsg.) 2015: DRK-Standards zum Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen in den Gemeinschaften, Einrichtungen, Angeboten und Diensten des DRK , verfügbar hier .
arbeitsicherheit.de (Hrsg.) o. J.: DGUV Information 205-033 – Alarmierung und Evakuierung , verfügbar hier .
Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) 2023: Leitfaden zum barrierefreien Bauen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes NRW , verfügbar hier .
Geißler S. 2015: Vulnerable Menschen in der Katastrophe – Hilfebedarfe von vulnerablen Bevölkerungsgruppen und Möglichkeiten der Unterstützung bei anhaltendem Stromausfall in Berlin , verfügbar hier .
Deutsches Rotes Kreuz e.V. (Hrsg.) 2018: Die vulnerable Gruppe „ältere und pflegebedürftige Menschen“ in Krisen, Großschadenslagen und Katastrophen. Teil 1: Wissenschaftliche Erkenntnisse und Herausforderungen aus der Praxis , Autor:innen: Oschmiansky H., Händlemeyer A., Schulze M., Max M, Schriften der Forschung 18, 2018, verfügbar hier .
Deutsches Rotes Kreuz e.V. (Hrsg.) 2018: Die vulnerable Gruppe „ältere und pflegebedürftige Menschen“ in Krisen, Großschadenslagen und Katastrophen – Teil 2: Vernetzung und Partizipation – auf dem Weg zu einem sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz , Autor:innen: Händlemeyer A., Oschmiansky H., Winter R., Schulze M., Max M., Schriften der Forschung 6, 2018, verfügbar hier .
Krüger M., Ewers M. und Oschmiansky H. (Hrsg.) 2021: Perspektiven auf die Aufrechterhaltung der ambulanten Pflegeinfrastruktur in Krisen und Katastrophenfällen: Theoretische Beiträge aus dem Katastrophenschutz, den Sicherheitsstudien und der Pflegewissenschaft , AUPIK Working Paper 1. Materialien zur Ethik in den Wissenschaften 18. Tübingen: Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften, Universität Tübingen, verfügbar hier .
Ewers M. und Köhler M. (Hrsg.) 2023: Organisatorische Maßnahmen zur Vorbereitung ambulanter Pflegedienste auf Notfälle, Krisen und Katastrophen , verfügbar hier .
Ewers M., Lessinnes S., Kibler A., Gröbe S. und Köhler M. 2022: Vorsorge für Krisen, Notfälle und Katastrophen in der häuslichen Pflege. Ansatzpunkte zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit ambulanter Pflegedienste und ihrer Mitarbeiter*innen , Charité – Universitätsmedizin Berlin, verfügbar hier .
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) 2013: Analyse und Entwicklung der Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit von Senioren- und Pflegeheimen . Autor:innen: Reuter V., Noelle M. und Lis K., verfügbar hier .
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) 2022: Sozialwissenschaftliche Aspekte der Warnung der Bevölkerung. Forschung im Bevölkerungsschutz , Autor:innen: Künzer L. und Tomczyk S., Band 29, insbesondere Seiten 317-320, verfügbar hier .
Schulze K., Schander J., Jungmann A. und Voss M. 2019: Bedarfe und Ressourcen in Extremsituationen mit Fokus auf hilfs- und pflegebedürftige Menschen: Deskriptive Darstellung der Ergebnisse einer deutschlandweiten Befragung , verfügbar hier .



Schulze K., Voss M., Schander J. und Jungmann A. 2019: **Sicherstellung der Versorgung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen im Katastrophenfall: Empfehlungen für Katastrophenschutzbehörden und andere politische Entscheider*innen**, verfügbar [hier](#).

Deutsches Rotes Kreuz e.V. (Hrsg.) 2023: **Wege zu Community Health Nursing in Deutschland – Szenarien für die Etablierung eines gemeindebasierten und gesundheitsfördernden Angebots**, verfügbar [hier](#).

Deutsches Rotes Kreuz e.V. (Hrsg.) 2023: **Aufrechterhaltung ambulanter Pflegeinfrastrukturen in Krisensituationen (AUPIK)**, Autor:innen: Langer A., Habel L., Hartmann W., Schulze M., Heidgen B., Schüsseler M., Max M. und Bagus S., Erkenntnisse aus der Sicherheitsforschung 13. Berlin, verfügbar [hier](#).

Tabelle 5: Ansätze und Materialien zum **Brandschutz** für Menschen mit Behinderungen

Ansätze und Materialien zum Brandschutz für Menschen mit Behinderungen
Mission Sicheres Zuhause e.V. ist ein Verein, der sich der Brandschutzaufklärung insbesondere auch für Menschen mit Behinderungen verschrieben hat. Bietet Informationsmaterialien und Fachinformationen an, verfügbar hier .
Pfennigparade und der Freiwilligen Feuerwehr Grünwald 2019: Brandschutzaufklärung Inklusiv . Pilotprojekt, verfügbar hier .
Feuerwehr Hanau: Brandschutzerziehung und -aufklärung für Menschen mit Behinderungen , verfügbar hier .
Deutscher Feuerwehrverband (Hrsg.): Die schnelle Truppe – Löschgruppe der Förderschule Erleben , verfügbar hier .
Deutscher Feuerwehrverband und Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V. (Hrsg.) 2023: Brandschutzerziehung – Brandschutzaufklärung: Materialsammlung für die Brandschutzerzieherinnen und Brandschutzerzieher in Deutschland mit Materialien, Medien, Lehrunterlagen und Publikationen , Sammlung von Materialien der deutschen Feuerwehrverbände, verfügbar hier .
Deutscher Feuerwehrverband (Hrsg.) 2018: Der rote Faden für den Brandschutz bei Menschen mit Behinderungen , verfügbar hier .
Block R. und Heister W. 2018: 10 Thesen zur Stärkung der Rettungsfähigkeit von Menschen mit Beeinträchtigungen in Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe , Verbundprojekt SiME (Förderkennzeichen 13N13947)“, verfügbar hier . (Fehlerhafter Link. Nach dem Download muss „@__blob=publicationFile“ entfernt werden.)
Block R. und Heister W. 2018: Checkliste zur Selbstbewertung der organisatorischen Maßnahmen für Notfallsituationen Selbstbewertungsbogen für Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe , Verbundprojekt SiME (Förderkennzeichen 13N13947), verfügbar hier . (Fehlerhafter Link. Nach dem Download muss „@__blob=publicationFile“ entfernt werden.)
Block R. und Heister W. 2018: Checkliste Assistenzbedarf in Notfallsituationen , verfügbar hier . (Fehlerhafter Link. Nach dem Download, muss „@__blob=publicationFile“ entfernt werden.)
Block R. und Heister W. 2018: FAQ-Leitfaden Risikomanagement Hinweise und Tipps zur Implementierung eines Risikomanagements in Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe , Verbundprojekt SiME (Förderkennzeichen 13N13947), verfügbar hier . (Fehlerhafter Link. Nach dem Download muss „@__blob=publicationFile“ entfernt werden.)



Block R. und Heister W. 2018: Szenario-Übungen – Räumungsübungen unter erschwerten Bedingungen für Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe , Verbundprojekt SiME (Förderkennzeichen 13N13947), verfügbar hier . (Fehlerhafter Link. Nach dem Download muss „@__blob=publicationFile“ entfernt werden.)
Block R. und Heister W. 2019: Nachbarschaftshilfe in Notfallsituationen – Eine Entscheidungshilfe für Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe “, verfügbar hier . (Fehlerhafter Link. Nach dem Download muss „@__blob=publicationFile“ entfernt werden.)
Block R. und Heister W. 2018: SiME-Aktionskarten ‚Notfall‘ – Spiel-Material für Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe zur Stärkung der Rettungsfähigkeit von Menschen mit Beeinträchtigungen in Notfallsituationen , verfügbar hier . (Fehlerhafter Link. Nach dem Download muss „@__blob=publicationFile“ entfernt werden.)
Göbell J. und Kallinowsky S. 2016: Barrierefreier Brandschutz: Methodik – Konzepte – Maßnahmen : mit digitalen Arbeitshilfen auf www.feuertrutz.de . Köln: Feuer-Trutz, verfügbar hier .
Mission Sicheres Zuhause e.V. (Hrsg.) 2016: MSZ-Richtlinie 02/01-2016 DivB – Richtlinie 320: Aufgaben, Qualifikation und Ausbildung von Räumungshelfern für soziale Einrichtungen und Dienste , verfügbar hier .
Berliner Feuerwehr (Hrsg.) 2019: Merkblatt Evakuierungsaufzüge , verfügbar hier .
Metlitzky N. und Engelhardt L. (2015): Barrierefreie Brandschutzkonzepte: Basiswissen für Brandschutzplaner . 1. Aufl. Beuth Praxis. Berlin Wien Zürich: Beuth, verfügbar hier .
Block R., Heiste W. und Geoerg P. (2017): Sicherheit in Werkstätten (und Wohnstätten) für Menschen mit Beeinträchtigungen – Ergebnisse einer Online-Befragung der Werkstatteleitungen . Verbundprojekt SiME (Förderkennzeichen 13N13947), verfügbar hier . (Fehlerhafter Link. Nach dem Download muss „@__blob=publicationFile“ entfernt werden.)

Tabelle 6: Ansätze und Materialien zu **Pandemien/COVID-19** und Menschen mit Behinderungen

Ansätze und Materialien zu Pandemien/ Corona und Menschen mit Behinderungen
Stadt Mühlheim an der Ruhr (Hrsg.) o. J.: Corona-Bürgerbroschüre . Wurde als Hörbuch und CD für sehbeeinträchtigte Menschen herausgegeben, verfügbar hier .
Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e.V. (Hrsg.) 2020: Orientierungshilfe für Hygieneschutzkonzepte in Werkstätten für behinderte Menschen , verfügbar hier .
Robert-Koch-Institut (Hrsg.) 2023: Empfehlungen zum Umgang mit SARS-CoV-2 in der Pflege/Betreuung (außerhalb des Krankenhauses) , verfügbar hier .
Robert-Koch-Institut (Hrsg.) 2023: Hinweise für ambulante Pflegedienste im Zusammenhang mit COVID-19 , verfügbar hier .
Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.) 2023: Konferenz ‚ Welche Lehren helfen für die Krisenfestigkeit von morgen? ‘ des Pflege-Netzwerk-Deutschland , verfügbar hier .
Deutscher Ethikrat (Hrsg.) 2022: Vulnerabilität und Resilienz in der Krise – Ethische Kriterien für Entscheidungen in einer Pandemie , Stellungnahme, verfügbar hier .



Tabelle 7: Ansätze und Materialien zu **Hitzeschutz** und Menschen mit Behinderungen

Ansätze und Materialien zu Hitzeschutz und Menschen mit Behinderungen
Klinikum der Universität München (Hrsg.) o. J.: Internetseite Hitze Service , verfügbar hier .
Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.) o. J.: Materialien zum Thema Hitzeschutz und Pflege , verfügbar hier .
Hitzeschutz-Berlin (Hrsg.): Schulungsmaterialien für den Kontext Pflege, Erstversorgung und Einrichtungen des Gesundheitsbereichs , verfügbar hier .
Ludwig-Maximilians-Universität München (Hrsg.) o. J.: Unterrichtsmaterialien zur Bildungsveranstaltung, Hitzeassoziierte Gesundheitsprobleme bei alten Menschen , verfügbar hier .
Ludwig-Maximilians-Universität München (Hrsg.) o. J.: Unterrichtsmaterialien zur Einführungsschulung in den Hitzemaßnahmenplan und Hitzeschulung , verfügbar hier .
Ludwig-Maximilians-Universität München (Hrsg.) o. J.: Materialien Hitze & Gesundheit – Grundlagen und Handlungsempfehlungen für Pflegenden , verfügbar hier .
Der Paritätische (Hrsg.): Webinare zu Hitzeschutz in sozialen Einrichtungen und Diensten stärken , verfügbar hier .
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (Hrsg.) 2017: Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit , verfügbar hier .
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (Hrsg.) 2022: Den Klimawandel gesund meistern: Tipps für heiße Tage , verfügbar hier .
Umweltbundesamt (Hrsg.) 2015: Der Hitzeknigge – Tipps für das richtige Verhalten bei Hitze , verfügbar hier .
Umweltbundesamt (Hrsg.) 2019: Klimawandel und Gesundheit – Tipps für sommerliche Hitze und Hitzewellen , verfügbar hier .
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) o. J.: Internetseite Klima Mensch Gesundheit , verfügbar hier .
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) o. J.: Gesund durch die Sommerhitze: Informationen und Tipps für ältere Menschen und ihre Angehörige, in: Kompakt Gesund und Aktiv , verfügbar hier .
Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales (Hrsg.) 2023: Hessischer Hitzeaktionsplan , verfügbar hier .
Lass W., Reuswig F., Walther C., Niebuhr D., Schürheck T. und Grewe H. A. 2022: Hitzeaktionsplan für das Land Brandenburg (HAP BB) , verfügbar hier .
Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales (Hrsg.) 2023: Hitze – Was man für Betreuung und Pflege in der Häuslichkeit wissen sollte , verfügbar hier .
Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) o. J.: Einrichtungsbezogener Hitzeschutz in NRW – Arbeitshilfen für stationäre Pflege- und Wohneinrichtungen , verfügbar hier .



Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (Hrsg.) 2021: Pflege und Hitze – Informationen für pflegende Angehörige , verfügbar hier .
Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.) 2023: „Hitze-Handbuch: Gut vorbereitet auf Hitze Informationen und Empfehlungen für Beschäftigte im Gesundheits-, Pflege-, Sozial-, Bildungs- und Wohnbereich“ , verfügbar hier .
Stadt Mannheim (Hrsg.) 2021: Hitzeaktionsplan der Stadt Mannheim , verfügbar hier .
Stadt Köln (Hrsg.) 2022: Hitzeaktionsplan für Menschen im Alter für die Stadt Köln , verfügbar hier .
Public Health Zentrum Fulda (Hrsg.) 2021: Arbeitshilfe zur Entwicklung und Implementierung eines Hitzeaktionsplans für Städte und Kommunen , verfügbar hier .
Rathmann K., Lutz J., Richardt A., Salewski L., Vockert T. und Spatzier D. 2021: Toolbox zur Stärkung der Gesundheitskompetenz in Einrichtungen der Eingliederungshilfe in den Bereichen Wohnen und Arbeiten , verfügbar hier .
Ludwig-Maximilians-Universität München (Hrsg.) o.J.: Gut durch die Sommerhitze während erhöhten Infektionsschutzes – Informationen für pflegende Angehörige , verfügbar hier .
Ludwig-Maximilians-Universität München (Hrsg.) o.J.: Gut durch die Sommerhitze während erhöhten Infektionsschutzes – Informationen für ältere Menschen ab 65 Jahren , verfügbar hier .
Ludwig-Maximilians-Universität München (Hrsg.) o.J.: Hitzemaßnahmenplan für stationäre Einrichtungen der Altenpflege – Empfehlungen aus der Praxis für die Praxis , verfügbar hier .
Hausärztinnen und Hausärzterverband (Hrsg.) 2023: Hitze-Manual – Klimaresiliente hausärztliche Versorgung , verfügbar hier .
Regierungspräsidium Gießen (Hrsg.) 2017: Außergewöhnliche Hitzeperioden: Vorbereitung und Vorgehen in stationären Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe , verfügbar hier .
Rathmann K. 2023: Warum ist das Thema Hitze relevant in stationären Einrichtungen und Werkstätten für Menschen mit Behinderungen? Stand der Forschung, Herausforderungen und Bedarfe für die Klimafolgenanpassung in der Behindertenhilfe , Vortrag Hochschule Fulda (online), 14. September 2023, verfügbar hier .
Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (Hrsg.) 2023: Resilienz im Gesundheitswesen: Wege zur Bewältigung künftiger Krisen: Gutachten 2023 , Berlin: MWV Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, verfügbar hier .

Tabelle 8: Ansätze und Materialien zum Thema **Stromausfall** und Menschen mit Behinderungen

Ansätze und Materialien zum Thema Stromausfall und Menschen mit Behinderungen
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Westfalen-Lippe e.V. (Hrsg.) 2021: Handreichung Stromausfall in Senioren- und Pflegeeinrichtungen , verfügbar hier .
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Westfalen-Lippe e.V. (Hrsg.) 2022: Checkliste Stromausfall häusliche Pflege , verfügbar hier .



Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Westfalen-Lippe e.V. (Hrsg.) 2022: **Handlungsempfehlungen für pflegende An- und Zugehörige bei einem Stromausfall**, verfügbar [hier](#).

Kreitner S. 2022: **Arbeitsvorlage ambulante Pflege – Vorsorge Stromausfall (Blackout)**, verfügbar [hier](#).

Beier M. o. J.: **Wie gefährlich ist ein Stromausfall für Menschen, die von elektrischen Hilfsmitteln abhängig sind**, Herausgegeben von Pflege durch Angehörige.de, verfügbar [hier](#).

Tabelle 9: Ansätze und Materialien zu **Hochwasserschutz** und Menschen mit Behinderungen

Ansätze und Materialien zu Hochwasserschutz und Menschen mit Behinderungen
Behörde für Inneres und Sport Hamburg (Hrsg.) 2021: Sturmflut-Merkblätter in Leichter Sprache , verfügbar hier .
AbilityWatch (Hrsg.) 2021: Hochwasser-Hilfe für Menschen mit Behinderungen . Übersichtsseite mit Anlaufstellen für Unterstützungsleistungen. Verfügbar hier .

Tabelle 10: Ansätze und Materialien zur **Stärkung der Selbsthilfe** von Menschen mit Behinderungen

Ansätze und Materialien zur Stärkung der Selbsthilfe von Menschen mit Behinderungen
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.): Warn-App NINA , Notfall-Informations- und Nachrichten-App des Bundes für das Smartphone, verfügbar hier .
Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS (Hrsg.): KATWARN-App , Warn-App für das Smartphone, verfügbar hier .
Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): NORA Notruf-App . Offizielle Notruf-App der Bundesländer, insbesondere für Menschen mit Sprach- und Hörbeeinträchtigungen, verfügbar hier .
Tess Relay Dienste Notruf : Dienstleister für Gebärdensprachdolmetschung über die das Absetzen eines Notrufs möglich ist, verfügbar hier .
Notfallregister e.V. (Hrsg.): Notfallregister.eu . Register für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen zur bedarfsgerechten Unterstützung im Not- und Katastrophenfall. Verfügbar hier .
Behörde für Inneres und Sport Hamburg (Hrsg.) 2021: Sturmflut-Merkblätter in Leichter Sprache , verfügbar hier .
Nachrichten über Corona in Leichter Sprache , corona-leichte-sprache.de, verfügbar hier .
Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.) 2021: Gebärdensprachliche Videos zu Corona , verfügbar hier .
Robert-Koch-Institut (Hrsg.) 2021: Informationen zum Corona-Virus in Leichter Sprache , verfügbar hier .



Stiftung Kreuznacher Diakonie (Hrsg.) 2021: Video zu Medizinischer Mund-Nasen-Schutz und FFP2-Masken in Leichter Sprache erklärt , st@tt Werkstatt-TV, verfügbar hier .
Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. (Hrsg.) o. J.: Video zur Frage: Soll ich mich gegen Corona impfen lassen? In Leichter Sprache , verfügbar hier .
Katholische Jugendfürsorge der Diözese Regensburg e.V. (Hrsg.) 2021: Video mit Informationen zur Corona-Impfung in Leichter Sprache , verfügbar hier .
reha gmbh (Hrsg.) 2021: Video, das die Corona-Schutz-Impfung in Leichter Sprache erklärt , verfügbar hier .
notfalldose.de (Hrsg.): Notfalldose . Dose mit Notfallinformationen für Helfer:innen, welche in den Kühlschrank kommt und damit einen festen Platz hat, verfügbar hier .
Internetseite des Landkreis Harburg mit Tipps zur Notfallvorsorge für Menschen mit Lebensunterstützungsgeräten , verfügbar hier .
Notfallmonitor Niedersachsen verlinkt auf die BBK Leitfäden in einfacher Sprache, verfügbar hier .
Bayerisches Rotes Kreuz Kreisverband Erlangen-Höchstadt e.V. (Hrsg.): Kurse Erste Hilfe in Gebärdensprache , verfügbar hier .
Malteser Hilfsdienst e.V. (Hrsg.): Kurse Erste Hilfe in Leichter Sprache für Menschen mit Behinderung , verfügbar hier .
Berliner Erwachsenenbildung Inklusiv (Hrsg.): Erste Hilfe Kurs für Menschen mit kognitiven Einschränkungen , verfügbar hier .
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Brandenburg e.V. (Hrsg.): Erste-Hilfe-Kurs für Menschen mit Behinderung , verfügbar hier .
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Marburg-Gießen e.V. (Hrsg.): Erste Hilfe für Blinde und Sehbehinderte , verfügbar hier .
B&K Medical GmbH (Hrsg.): Besonderer Erste Hilfe Kurs für Menschen mit Handicaps – denn Helfen kann jeder! , verfügbar hier .
Team Impuls (Hrsg.): Kurs Erste Hilfe durch behinderte Menschen , verfügbar hier .
Lebenshilfe Landesverband Hessen e.V. (Hrsg.): Erste Hilfe – leicht erklärt: Ein Erste-Hilfe-Kurs für Menschen mit Behinderung , verfügbar hier .
Unionhilfswerk (Hrsg.) 2023: Erklärfilm ‚Erste Hilfe‘ in Leichter Sprache , verfügbar hier .
Judith Nothdurft Consulting, MAPADOO und abm inclumedia (Hrsg.) 2024: Onlinekurs Kindernotfall ABC mit Gebärdensprache , erstellt mit Förderung der Björn Steiger Stiftung, verfügbar hier .



Deutsche-Lebens-Rettungs-Gesellschaft Ortsgruppe Bremervörde, Deutsches Rotes Kreuz Ortsverein Bremevörde e.V. (Hrsg.): Schwimmen mit Handicap , verfügbar hier .
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) o. J.: Informationen zum Thema Bevölkerungsschutz in Leichter Sprache , verfügbar hier .
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) o. J.: Informationen zur Eigenvorsorge in Leichter Sprache , verfügbar hier .
Nationale Kontaktstelle des Sendai Rahmenwerks des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) o. J.: Katastrophen-Risiko-Management: Informationen in Leichter Sprache , verfügbar hier .
Land Schleswig-Holstein (Hrsg.) 2021: Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein: Infos in Leichter Sprache , verfügbar hier .
Landkreis Augsburg (Hrsg.) o. J.: Informationen in Leichter Sprache zum Thema Notfall – Damit Sie sich besser schützen können , verfügbar hier .
Hansestadt Herford (Hrsg.) o. J.: Leichte Sprache – Krisenfall , verfügbar hier .
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Görlitz Stadt und Land e.V. (Hrsg.) o. J.: Bevölkerungsschutz und Rettung in Leichter Sprache , verfügbar hier .
Stadt Nürnberg (Hrsg.) o. J.: Hitzeschutz Informationen in Leichter Sprache , verfügbar hier .
Stadt Sankt Augustin (Hrsg.) 2021: Wenn der Strom ausfällt – Tipps und Infos in Leichter Sprache , verfügbar hier .
Katastrophenschutz Bezirksamt Reinickendorf (Hrsg.) o. J.: Stromausfall-Infolyer in Leichter Sprache , verfügbar hier .
Polizei Sachsen (Hrsg.) o. J.: Informationsblatt für Gehörlose , verfügbar hier .
Deutsches Rotes Kreuz e.V. (Hrsg.): Hinweise für pflege- und hilfsbedürftige Menschen , verfügbar hier .
Büche P. 2022: Vortrag Vorbereitet für alle Fälle: Hilfe für Menschen mit Behinderung bei Blackout & anderen Notsituationen , Lebenshilfe Main-Tauber-Kreis (Hrsg.), 22. November 2022, verfügbar hier .

Tabelle 11: Ansätze und Materialien zu **Menschen mit Behinderungen als Einsatzkräfte**

Ansätze und Materialien zu Menschen mit Behinderungen als Einsatzkräfte

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) 2022: **Kampagne „Mit dir für uns alle“**, 2022. Berichte über und Werbung für das Engagement und Ehrenamt im Bevölkerungsschutz. Mit Berichten auch über Einsatz- und Führungskräfte mit Behinderungen, verfügbar [hier](#).



<p>Malteser Hilfsdienst e.V. Erzbistum Köln (Hrsg.): TeamPlus. Inklusiver Dienst von Menschen mit Down Syndrom, Menschen mit kognitiver Behinderung und Menschen ohne Behinderungen. Das TeamPlus kann verschiedene Angebote der Malteser unterstützen, zum Beispiel für ältere Menschen, Menschen mit Demenz oder mit mobilen Einschränkungen. Verfügbar hier.</p>
<p>Arbeiter-Samariter-Bund Hamburg-West e.V. (Hrsg.): Inklusionshelfer ASB Hamburg-West e.V. Inklusion von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen als Sanitätshelfer:innen in den Sanitätsdienst. Helfer:innen laufen als „Dritte“ mit und sind in der Patient:innenversorgung als Helfer:innen tätig. Verfügbar hier.</p>
<p>Deutscher Feuerwehrverband und Deutsche Jugendfeuerwehr (Hrsg.) 2017: Positionspapier zur Einbindung von Menschen mit Behinderung in die Jugendfeuerwehr / Freiwillige Feuerwehr, verfügbar hier.</p>
<p>Bergische Universität Wuppertal (Hrsg.): Project ActIFF. Im Auftrag der Unfallkasse NRW wurde eine Excel-gestützte Anwendung zur Beurteilung interessierter Kandidat:innen für die Feuerwehr entwickelt. Beinhaltet Aufgaben und Anforderungen. Fokussiert wurde auf die Beteiligung von Menschen mit Behinderung und alten Menschen, verfügbar hier.</p>
<p>Stadt Bersenbrück und Malteser Hilfsdienst e.V. Gliederung Alfhausen (Hrsg.) 2016: Inklusiver Schulsanitätsdienst. Erster Preis „Helfende Hand 2016“, verfügbar hier.</p>
<p>Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz (Hrsg.) o. J.: Deine Heimat deine Feuerwehr: Initiative Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz e.V., verfügbar hier.</p>
<p>Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz (Hrsg.) 2019: Flyer: Leichte Sprache, verfügbar hier.</p>
<p>Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz (Hrsg.) o. J.: Plakat: Handicap, na und?, verfügbar hier.</p>
<p>Deutscher Feuerwehrverband (Hrsg.) 2010: Inklusion in der Jugendfeuerwehr – Zugänge für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen in die Jugendfeuerwehren, verfügbar hier.</p>
<p>Hanseatische Feuerwehr-Unfallkasse Nord (Hrsg.) 2024: Entscheidungshilfe für Gesundheitliche Eignung und Funktion in der Feuerwehr, verfügbar hier.</p>
<p>Jugendfeuerwehr Rheinland-Pfalz (Hrsg.) 2019: Jugendfeuerwehr auf Inklusionskurs, verfügbar hier.</p>

Tabelle 12: Ansätze und Materialien zu verschiedenen Themen **aus dem internationalen Raum**

Ansätze und Materialien zu verschiedenen Themen aus dem internationalen Raum
<p>Disability Inclusive Disaster Risk Reduction Network, verfügbar hier.</p>
<p>ShelterCentre (Hrsg.): Humanitarian Library, Datenbank mit Literatur aus dem Humanitären Bereich, verfügbar hier.</p>
<p>ADAPT Projekt EU zielte darauf eine Datenbank über Menschen mit Behinderungen und alte Menschen und ihre Hilfebedarfe zu erstellen, damit Einsatzkräfte in Katastrophen schneller und gezielter helfen können, verfügbar hier.</p>
<p>WHO (Hrsg.): Video-Kampagne #kühlenKopfbewahren. Mit deutschen Untertiteln verfügbar. verfügbar hier.</p>
<p>SEE ME Projekt „Safe and Equal in Emergencies“, 2023, verfügbar hier.</p>



Inter-Agency Standing Committee (Hrsg.) 2019: Guidelines – Inclusion of Persons with Disabilities in Humanitarian Action , verfügbar hier .
Disability Inclusive Disaster Risk Reduction Network und Christoffel-Blindenmission International (Hrsg.) 2014: Disability Inclusive Disaster Risk Management – Voices from the Field & Good Practices , verfügbar hier .
Sphere Project (Hrsg.) 2018: The Sphere Handbook: humanitarian Charter and minimum Standards in humanitarian Response , vierte Edition, Genf: Sphere Association, verfügbar hier .
United Nations (Hrsg.) 2020: UN Policy Brief: A Disability-Inclusive Response to COVID-19 , verfügbar hier .
Directorate-General for European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations (Hrsg.) 2019: DG ECHO Operational Guidance – The Inclusion of Persons with Disabilities in EU-funded Humanitarian Aid Operations , verfügbar hier .
European Disability Forum (Hrsg.) 2021: Disability-inclusive Disaster Risk Reduction (DiDRR): A Quick Reference Guide for Practitioners in Europe and Central Asia , verfügbar hier .
Global Facility for Disaster Reduction and Recovery (Hrsg.) 2022: Disability Inclusion in Disaster Risk Management Operations: An Exploration of Good Practices and Resources: Guidance Note , verfügbar hier .
Christoffel-Blindenmission International, HelpAge International und Handicap International (Hrsg.) 2018: Humanitarian inclusion standards for older people and people with disabilities , verfügbar hier .
Kailes J. 2023: Defining Functional Needs – Updating CMIST By June Isaacson Kailes, Disability Policy Consultant . The Partnership for Inclusive Disaster Strategies, 7. August 2023, verfügbar hier .
United Nations Children’s Fund (Hrsg.) 2019: Guidance on strengthening disability inclusion in Humanitarian Response Plans , verfügbar hier .
International Federation of Red Cross and Red Crescent (Hrsg.) 2015: All Under one Roof, Disability-Inclusive Shelter and Settlements in Emergencies , verfügbar hier .
North Dakota Center for Persons with Disabilities (Hrsg.) 2005: Communicating Effectively With People Who Have A Disability , verfügbar hier .
Emergency Management Ontario (Hrsg.) 2007: Emergency Preparedness Guide for People with Disabilities/ Special Needs , verfügbar hier .
Handicap International (Hrsg.) 2014: Accessibility for all in an Emergency Context , verfügbar hier .
Handicap International (Hrsg.) 2012: Disability Inclusive Community Based Disaster Risk Management: A toolkit for practice in South Asia , verfügbar hier .
Stakeholder Group of Persons with Disabilities for Sustainable Development, International Disability Alliance und Christoffel-Blindenmission International (Hrsg.) 2020: Disability Data Advocacy Toolkit , verfügbar hier .
Disability Inclusive Disaster Risk Reduction Network und Arbeiter-Samariter Bund e.V. (Hrsg.) 2018: Practical Guide for Identification and Use of Disability Data Based on the Washington Short Set of Disability Questions , verfügbar hier .



<p>Women’s Refugee Commission (Hrsg.) 2019: Building Capacity for Disability Inclusion in Gender-Based Violence Programming in Humanitarian Settings, verfügbar hier.</p>
<p>Women’s Refugee Commission (Hrsg.) 2015: „I see that it is possible‘: Building Capacity for Disability Inclusion in Gender-Based Violence Programming in Humanitarian Settings, verfügbar hier.</p>
<p>WorldVision (Hrsg.) 2018: Learning from experience: Guidelines for locally sourced and cost-effective strategies for hygiene at home for people with high support needs, verfügbar hier.</p>
<p>HelpAge International (Hrsg.) 2014: Disaster resilience in an ageing world: How to make policies and programmes inclusive of older people, verfügbar hier.</p>
<p>United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women (Hrsg.) 2020: COVID-19: How to include marginalized and vulnerable people in risk communication and community engagement, verfügbar hier.</p>
<p>United Nations Children’s Fund (Hrsg.) 2019: WASH Disability Inclusion Practices, verfügbar hier.</p>
<p>The Royal Government of Cambodia’s Ministry of Rural Development (Hrsg.) 2017: National Guidelines on WASH for Persons with Disabilities and Older People, verfügbar hier.</p>
<p>Water Aid (Hrsg.) 2014: Compendium of accessible WASH technologies, Autor:innen: Jones H. und Wilbur J., verfügbar hier.</p>
<p>HelpAge (Hrsg.) 2000: Older people in disasters and humanitarian crises – Guidelines for best practice, verfügbar hier.</p>
<p>HelpAge International (Hrsg.) 2007: Older people’s associations in community disaster risk reduction – A resource book on good practice, verfügbar hier.</p>
<p>HelpAge International (Hrsg.) 2013: Protection interventions for older people in emergencies, verfügbar hier.</p>
<p>Federal Emergency Management Agency (Hrsg.) 2022: 6 Ways People with Disabilities can Prepare for Evacuations, verfügbar hier.</p>
<p>Alzheimer’s Disease International (Hrsg.) o. J.: Advice for carers, humanitarian agencies, communities and people living with dementia during times of crisis, verfügbar hier.</p>
<p>Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) 2019: Lebensmittelversorgung in Krisen und Katastrophen: Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in OECD-Ländern im Falle von Großschadensereignissen: BBK-Projekt-Nr. FP 388 „VVL-OECD“, Oktober 2017. Autor:innen: Gerhold L., Cortez Garcia K. und Guerrero Lara A., Forschung im Bevölkerungsschutz, Band 22. Bonn, verfügbar hier.</p>
<p>Institute for Social and Environmental Transition-International, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Globale Initiative Katastrophenmanagement (Hrsg.) 2020: Mainstreaming Gender within Local Government Climate and Disaster Risk Assessments – A Review of Methodology and Practice in the Philippines, verfügbar hier.</p>



Der vorliegende Bericht ist die Kurzfassung des Abschlussberichts der Studie „Bestandaufnahme zum Katastrophenmanagement und der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (Projekt KIM)“, welche vom Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften der Universität Tübingen für Aktion Deutschland Hilft e.V. erstellt wurde. Sie wurde vom 01.10.2023 bis 29.02.2024 durch Friedrich Gabel (Projektleitung) und Maira Schobert durchgeführt.

E-Mail: friedrich.gabel@uni-tuebingen.de, Telefon: 07071 29 77907, Stand: 15.04.2024

Titelbild und Projektlogo wurden auf Basis der Freien Bildlizenz von starline auf Freepik erstellt